

Rundbrief 2-2023



DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen und andere Aktivitäten

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 8 Zweigstellen
- 10 Forum für historische Belarus-Forschung: Seminar „Die Erfahrungen Polens und Deutschlands bei der Förderung der Bildungsreform im demokratischen Belarus“

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 15 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 18 Osterweiterung – der DGO Podcast
- 20 Länder-Analysen

Mitglieder

- 22 Veröffentlichungen
- 23 Personalien
- 24 Junge DGO
- 26 Bericht: ZUKUNFT OSTEUROPA – 6. Forum zur Berufsorientierung

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 28 Personalien
- 28 DAAD-Ausschuss „Herausforderung und Chancen der akademischen Kooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums“
- 30 Initiativen zur Förderung der Ukrainestudien in Deutschland
- 32 „Dieser Status stellt einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit dar!“ Interview mit Gwendolyn Sasse und Philipp Schmädeke zu den Folgen der Einstufung des ZOiS und akno e.V. als unerwünschte Organisationen in Russland

Veranstaltungsberichte

- 36 Blockade of the Lachin Corridor and the Current State of Armenian-Azerbaijani Relations / Die Lage in Bergkarabach
- 39 Dialog im Krieg | Krieg im Dialog. Belarus. Stimmen, Gedächtnis – die Zukunft
- 42 Russland. Gesellschaft und Staat in Zeiten des Krieges
- 45 Politikum Baltikum. Die neue Rolle von Estland, Lettland und Litauen
- 47 (Re)Considering Violence: New Configurations of History, Memory, and the Present in Belarusian and Neighbouring Societies
- 53 Bericht über die Fachtagungen im Jahr 2023

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der britische Historiker Eric Hobsbawm gab seiner Autobiographie den Titel „Interesting times“. Dabei steht der Begriff im Englischen eher für „times of trouble“, für unruhige und sorgenvolle Zeiten. Die aktuelle Lage in Europa und seinen angrenzenden Gebieten gibt viel Anlass zur Sorge. Der russische Krieg gegen die Ukraine dauert nun schon zwei Jahre an. Und seit dem Massaker der Terrororganisation Hamas an der israelischen Bevölkerung und den israelischen Angriffen in Gaza droht ein Flächenbrand im gesamten Nahen Osten. Wie die Kriege und die politischen Konflikte in beiden Regionen miteinander verknüpft sind, erläutert die Folge „Russlands Rolle im Nahost-Konflikt“ des DGO-Podcasts OSTERWEITERUNG.

Aufgrund der politischen Großwetterlage rücken andere regionale Krisenherde schnell in den Hintergrund. Der Konflikt um die armenische Enklave Bergkarabach mündete im Herbst des vergangenen Jahres in der militärischen Eroberung des Gebiets durch aserbaidjanische Truppen und der Vertreibung der armenischen Bevölkerung. Unmittelbar vor und während der Kampfhandlungen erörterten Vertreter*innen aus Thinktanks, den Medien und der Politik auf Einladung der DGO die politische und humanitäre Lage. Mehrere Beiträge in der Zeitschrift OSTEUROPA beleuchten retrospektiv die Rolle Russlands und der Türkei im Kampf um Bergkarabach. Und sie verdeutlichen, dass die weiteren Ansprüche Aserbaidschans auch die territoriale Integrität Armeniens gefährden.

Auch die politische Lage in Belarus verschwindet zunehmend vom Radar der internationalen Aufmerksamkeit. Über den aktuellen Stand der belarusischen Zivilgesellschaft unter den Bedingungen politischer Repression informiert die jüngste Ausgabe der digitalen Belarus-Analysen, die die DGO gemeinsam mit anderen Partnern herausgibt. Die Situation der politischen Gefangenen in Belarus dokumentiert die Website 100xsolidaritaet.de. Außerdem diskutierten Vertreter*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf einer Konferenz in Berlin über die Erfahrungen mit historischen und aktuellen Formen von Gewalt in der belarusischen und in benachbarten Gesellschaften. Die Konferenz wurde



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

vom Forum für historische Belarus-Forschung ausgerichtet, einer Plattform, die von der DGO koordiniert wird

Die Instrumente repressiver Politik haben auch Auswirkungen auf die Wissenschaftsfreiheit. In den letzten Monaten wurden mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) sowie mit dem Akademischen Netzwerk Osteuropa (akno e.V.) zwei enge Partner der DGO von der russischen Generalstaatsanwaltschaft zu „unerwünschten Organisationen“ erklärt. Was diese Klassifizierung für die internationale Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich bedeutet, erläutern die Direktorin des ZOiS und der Geschäftsführende Vorstand von akno in einem Interview, das wir in diesem Rundbrief veröffentlichen. Darüber hinaus informieren wir sie auf den folgenden Seiten über die Veranstaltungen der DGO-Fachgruppen, der Zweigstellen und der Jungen DGO. Das breite Spektrum an Angeboten der DGO verdanken wir dem ehrenamtlichen Engagement unserer Mitglieder ebenso wie der Zusammenarbeit mit vielen externen Partnern.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
12. September, Berlin	Podiumsdiskussion Blockade of the Lachin Corridor and the Current State of Armenian-Azerbaijani Relations	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
20. September, Berlin	Podiumsdiskussion Dialog im Krieg Krieg im Dialog Belarus. Stimmen, Gedächtnis – die Zukunft	St. Matthäus Stiftung, Modell Berlin
	Aufzeichnung: http://tinyurl.com/DialogImKrieg	
22. September, Frankfurt am Main	Fachgespräch Geografie Contested ecologies in Eastern Europe Crises, politics, and activism Panel auf dem Deutschen Kongress für Geographie 2023	Fachgruppe Geografie
27. September, online	Webinar Die Lage in Bergkarabach	Europe Calling
	Aufzeichnung: http://tinyurl.com/DieLageInBergkarabach	
12.–13. Oktober, Bielefeld	Symposium War and Peace in Ukraine Reflecting, Studying and Engaging Across Disciplines	Universität Bielefeld, Ludwig-Maximilians-Universität München, Bergische Universität Wuppertal, Institute of History of Ukraine, Deutsch-Ukrainische Historische Kommission, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
24. Oktober, Berlin	Podiumsdiskussion Russland Gesellschaft und Staat in Zeiten des Krieges	Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Deutsche Sacharow Gesellschaft
	Aufzeichnung: http://tinyurl.com/RusslandInZeiten	
25. Oktober, Berlin	Podiumsdiskussion Politikum Baltikum Die neue Rolle von Estland, Lettland und Litauen	Renovabis, OST-WEST Europäische Perspektiven, Katholische Akademie in Berlin e. V.
16. November, Berlin	Fachgespräch Recht Strong Local Self-Government as a Basis of Resilient Democratic Societies? Experience from New EU Member States and Ukraine	Fachgruppe Recht, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
16.–18. November, Leipzig	Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaften Mental maps, hot spots and hot spaces Literarisches Schreiben als Arbeit am Gedächtnis in Ost- und Ostmitteleuropa	Fachgruppe Literatur- und Kulturwissenschaften

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
1. Dezember, Berlin	Fachgespräch Religion Wiedervorlage beim nächsten Krieg? Zur Relevanz und Zukunft der Ostkirchenkunde	Fachgruppe Religion
7.–8. Dezember	Fachtagung Geschichte Freedom and Equality in the Political Thought of Ukraine and East Central Europe from the 18th Century to the Present	Fachgruppe Geschichte
	Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG	Forum für historische Belarus-Forschung
24. Oktober, online	Online-Diskussion Challenging Aspects of Holocaust Studies in Eastern Europe Выклікі і складаныя пытанні ў даследаванні Халакосту ва Ўсходняй Еўропе	
	Aufzeichnung: http://tinyurl.com/HolocaustStudies	
9.–11. Oktober, Berlin	Tagung (Re)considering Violence: New Configurations of History, Memory, and the Present in Belarusian and Neighbouring Societies	FernUniversität Hagen, Heinrich-Böll-Stiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst, German Marshall Fund
9. November, Berlin	Podiumsdiskussion Geteilte Erinnerung? Holocaustgedenken in Belarus und Deutschland	FernUniversität Hagen, Heinrich-Böll-Stiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst, German Marshall Fund, Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche
18. Dezember, online	Online-Diskussion Transformation der offiziellen Geschichtspolitik in Belarus nach 2020 Трансфармацыя афіцыйнай гістарычнай палітыкі ў Беларусі пасля 2020 г.	
	Aufzeichnung: http://tinyurl.com/GeschichtspolitikBelarus	

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
22.–23. September, Mainz	Studentische Tagung zur Osteuropaforschung Was bleibt? Erinnerung in Ost- und Südosteuropa	
13.–14. Oktober, Frankfurt (Oder)/Ślubice	Workshop Zukunft Osteuropa 6. Forum zur beruflichen Orientierung	
13. Oktober 2023, Frankfurt (Oder)	Abendveranstaltung „Zukunft Osteuropa“ Comeback Regionalexpertise? Über die Zukunft des Arbeitens zu, in und mit dem östlichen Europa	Felix Ackermann (Hagen), Vika Biran (Berlin), Carolin F. Roeder (Frankfurt an der Oder), Bernd Buder (Cottbus)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Berlin / Brandenburg		
20. Oktober, Stübice	Podiumsdiskussion Poles go to the Polls A Readout of the 2023 Polish Parliamentary Elections	Zsuzsanna Végh (Frankfurt an der Oder), Zosia Lutkiewicz (Warschau) Adam Traczyk (Chemnitz), Johannes Kleinmann (Frankfurt an der Oder)
27. Oktober, Berlin	Filmvorführung Georgische Filmreihe auf dem Ukrainischen Filmfestival (UFFB) 2023	Anna Dziapshipa (Tbilisi) Taki Mumladze (Tbilisi) Eva Blondiau (Köln)
Bremen		
26. Oktober, Bremen	Podiumsdiskussion Rumänien und die EU Kooperation mit Junge Europäische Föderalist*innen Bremen	Melanie Thut (Warschau) Nina Krienke (Bremen) Caroline Finkeldey
18. November, Bremen	Einführung zum Film Mr. Jones im Rahmen der Odessa-Tage Bremen Veranstaltet vom Kulturhof Peterswerder, City46, Globale Literaturfestival und weiteren	Caroline Finkeldey
Leipzig		
27. November, online	Vortrag „Sachsen forscht...“: Mehr als nur Metaphern. Literarisierte Praktiken der Mensch-Tier-Beziehung in den ostslawischen Literaturen	Nadine Menzel (Bamberg)
München		
21. Juli, München	Lesung in Gedenken an die ukrainische Schriftstellerin Victoria Amelina (1986–2023) «...наче у мову влучив снаряд.» – „Als hätte ein Geschoss die Sprache getroffen“	
28. September, München	Lesung Patrik Banga: Der wirkliche Weg hinaus	Patrik Banga (Prag)
23. November, online	Regionalgruppe München der Jungen DGO JDGO x AMUROST – Digitales Küchengespräch mit Nele Quecke	Nele Quecke (München)
Rheinland		
6. Juni, Köln	Vortrag und Vernissage Eröffnungsveranstaltung zur Wander-Fotoausstellung „Chernobyl Memory Tour“ „Tschernobyl 1986 – gesundheitliche Folgen und gesellschaftliche Auswirkungen“	Christoph Reiners (Würzburg)
18. Juli, Düsseldorf	Reisebericht und Vortrag Seidenstraße, Tausendundeine Nacht und Sowjetstern. Ein Blick nach Zentralasien	Beate Eschment (Berlin)



Annemarie Polheim

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bonn / Köln		
20. September, Köln	Podiumsdiskussion Forderungen nach Friedensinitiativen für Russlands Krieg gegen die Ukraine Eine kritische Auseinandersetzung mit der Diskussion in Deutschland Lew Kopelew Forum e. V. Academy for European Human Rights Protection	Angelika Nußberger (Köln) Iryna Shum (Düsseldorf) Petra Reitz (Köln) Wilfried Hinsch (Köln)
Dresden		
19. Oktober, Dresden	Vortrag Russische Kriegsverbrechen in der Ukraine	Rainer Wedde (Wiesbaden)
27. Oktober, Dresden	Tagung Von Maulwurf (und davor) bis heute Tschechische und slowakische Kinder- und Jugendliteratur	
7. Dezember, Dresden	Vortrag Das Phänomen der gespaltenen Persönlichkeit aus linguistischer Sicht (am Beispiel der schönen Literatur)	Boris Norman (Minsk/Trier)
7. Dezember, Dresden	Vortrag Die Rolle der Phonetik für die Wortwahl (am Beispiel der Literatur)	Boris Norman (Minsk/Trier)
Erlangen / Nürnberg		
9. November, Erlangen	Seminarreihe "Digital History in/of Central Asia" Repressive policy of the Soviet authorities in the field of culture (1925–1953) Friedrich-Alexander-Universität	Zamira Ishankhodzhaeva (Tashkent)
Freiburg		
21. November, Freiburg	Buchvorstellung Die gekränkte Großmacht	Leonid Luks (Eichstätt)
28. November, Freiburg	Vortrag Bibelschmuggel als Abenteuergeschichte: transnationale christliche Netzwerke durch den „Eisernen Vorhang“ in den 1970-er Jahren	Nadezhda Beliakova (Bielefeld)
12. Dezember, Freiburg	Vortrag Neuverortungen – Museen und das Ende der Sowjetunion	Corinna Kuhr-Korolev (Potsdam)
19. Dezember, Freiburg	Vortrag Natalja – wer? Wozu brauchen wir eine Biographie der Dichterin und Dissidentin Gorbanevskaja (1936–2013)?	Susanne Schattenberg (Bremen)
23. Januar, Freiburg	Vortrag Trauma, Grief and Exhilaration: What do we learn about Perestroika when we let emotions enter the conversation?	Juliane Fürst (Potsdam)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
6. Februar, Freiburg	Vortrag Russlanddeutsche? Die Geschichte der Deutschen in Kasachstan vor dem Hintergrund aktueller Begriffsdiskussion	Dietmar Neutatz (Freiburg)
Heidelberg		
14. Dezember, Heidelberg	Vortrag Schuld und Sühne der russischen Literatur Michail Schischkin über die Zukunft der russischen Kultur Universität Heidelberg	Michail Schischkin (Schweiz)
Leipzig		
	Veranstaltungsreihe: GWZO Ringvorlesung „Die Kinder sind das dankbarste, das intelligenteste, das kritischste, das verständigste, das aufgeschlossenste, das sachkundigste, kurzum, das ideale Publikum.“ Ein Panorama der Kinder- und Jugendliteratur im östlichen Europa	
18. Oktober, Leipzig	Vortrag Ein Kultbuch der Jugendliteratur und die längste polnische Familiensaga: Małgorzata Musierowicz »Jeźycjada« [Die Jeźycjade] (1977–2023)	Anna Artwińska (Leipzig)
07.–08. November, Leipzig	Workshop Pszczoly = Bienen Einladung zu einer Werkstatt für Schülerinnen und Schüler mit dem polnischen Kinderbuchillustrator Piotr Socha	Thomas Weller (Markkleeberg) Piotr Socha (Warschau)
8. November, Leipzig	Vortrag Wie der kleine Maulwurf zur Politik kam: Zur Behandlung gesellschaftlicher Themen in tschechoslowakischen Kindermedien	Martina Winkler (Kiel)
29. November, Leipzig	Vortrag Apolodor auf (Zeit-)Reise. Über die vielschichtige Re-Imagination und Fortschreibung der Abenteuer eines Pinguins vom kommunistischen Rumänien bis in die Gegenwart	Valeska Bopp-Filimonov (Jena)
München		
24. Oktober, München	Vortrag und Diskussion Infrastrukturen der Erinnerungskultur. Ein Blick hinter die Kulissen der polnischen Erinnerung an den Holocaust	Magdalena Saryusz-Wolska (Warschau)
30. November, München	Vortrag und Diskussion Kulturen der Niederlage. Polen und die Südstaaten der USA im Vergleich	Maciej Górny (Warschau)
Münster		
29. November, Münster	Film und Diskussion Über Charkiw und über uns selbst	Gelinada Grinchenko (Wuppertal/Charkiw), Ricarda Vulpius (Münster), Irina Wutsdorff (Münster)

Die Erfahrungen Polens und Deutschlands für die Förderung einer Bildungsreform im demokratischen Belarus



Das Seminar fand statt im Rahmen unseres Projektes „Forum für historische Belarus-Forschung“
17.–20. November 2023, Kreisau/Krzyżowa

Tatiana Shchytsova, bildungspolitische Sprecherin von Sviatlana Tsikhanouskaya

In Belarus, das zu einer politischen Anomalie in Europa geworden ist, existiert das Bildungssystem seit fast drei Jahrzehnten unter autoritären Bedingungen. Die Freiheit der Lehre und der wissenschaftlichen Forschung ist auf allen Ebenen eingeschränkt, ebenso werden die Rechte von Studierenden, Lehrkräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grob verletzt. Der Niedergang des belarussischen Bildungssystems hat sich nach der Niederschlagung der Massenproteste gegen das diktatorische Regime im Jahr 2020 weiter beschleunigt.

Eine der Hauptaufgaben eines neuen demokratischen Belarus wird eine umfassende Reform aller Bildungsebenen sein. Da diese Reform heute vorbereitet werden muss, hat eine Expertengruppe unter Beteiligung des Büros der Führerin der demokratischen Kräfte von Belarus, Sviatlana Tsikhanouskaya, die Initiative ergriffen, einen Fahrplan für die Vorbereitung einer Bildungsreform in Belarus zu entwickeln. Bei ihrer Arbeit können die belarussischen Expertinnen und Experten auf die Erfahrungen ihrer deutschen, polnischen und anderen ausländischen Kolleg*innen zurückgreifen.

Zu diesem Zweck fand im November 2023 im internationalen Konferenzzentrum Kreisau/Krzyżowa ein dreitägiges Seminar statt, das gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Stiftung

Kreisau für Europäische Verständigung ausgerichtet und von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit gefördert wurde. An der Veranstaltung nahmen 14 belarussische Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis teil, die das Land aufgrund der politischen Repressionen in den letzten Jahren verlassen mussten.

Der Ort für das Treffen des internationalen Teams wurde nicht zufällig gewählt. Das schlesische Gut Kreisau war in den Jahren 1942 und 1943 Treffpunkt einer zivilen Widerstandsgruppe, die Pläne für eine politische und gesellschaftliche Neuordnung Deutschlands nach dem erwarteten Zusammenbruch der NS-Diktatur erarbeitete. Das Thema des Widerstands gegen die Diktatur und die Beseitigung ihrer Folgen ist auch zentraler Punkt der heutigen Diskussion. Der Mut und das moralische Verhalten der Mitglieder des Kreisauer Kreises unter den Bedingungen der Repression sind nicht nur ein wichtiger Teil der Geschichte, sondern auch ein würdiges Beispiel und eine Quelle der Inspiration für die heutige Generation.

Neben Beratungen innerhalb der Gruppe fanden im Rahmen des Seminars zwei Online-Vorträge der Bildungsforscherin Rita Nikolai (Universität Augsburg) und des Historikers Łukasz Kaminski (Platform of European Memory and Conscience, Wrocław) statt. Beide haben sich intensiv mit der Transformation des Bildungssystems im post-sozialistischen Ostdeutschland und Polen beschäftigt. In den darauffolgenden Diskussionen erörterten die Teilnehmenden unter anderem die Möglichkeiten der Anwendung der deutschen und polnischen Erfahrungen in Belarus.

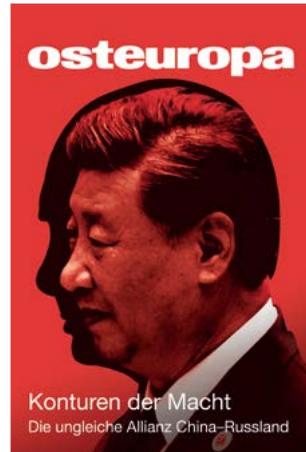
Als Ergebnis des Seminars finalisierten die Teilnehmenden einen „Fahrplan zur Demokratisierung der Hochschulbildung in Belarus für einen Zeitraum von 50-100-500 Tagen“, der Mitte Dezember 2023 in den unabhängigen belarussischen Medien veröffentlicht wurde (<http://tinyurl.com/FahrplanHochschulbildung>). Das Seminar war ein guter Anfang für die Etablierung eines ständigen Austauschs zwischen belarussischen Expert*innen und ihren deutschen und polnischen Kolleg*innen. Die Zusammenarbeit der Partner soll fortgesetzt werden.



Karl Schlögel

Publikationen

OSTEUROPA



Russland und China betrachten sich als „strategische Partner“. Das ist kein Zufall: Beide sind Autokratien, an deren Spitze je ein Führer steht. Putin und Xi verfügen über die größte Machtfülle seit Stalin und Mao. Die Regime kontrollieren die Gesellschaft durch Propaganda, Überwachung und Repression. Beide sind revisionistische Mächte und teilen die Frontstellung gegen die USA und den Westen. Doch die Partnerschaft zwischen Russland und China ist höchst asymmetrisch: China dominiert in allen Bereichen. Das zeigt die neue Ausgabe von Osteuropa „Konturen der Macht. Die ungleiche Allianz China und Russland“. 22 Fallstudien und Analysen widmen sich der Politik, dem Handel, den Volkswirtschaften, den Energiebeziehungen, der rüstungs- und militärpolitischen Kooperation und dem Rechtsverständnis. Studien über die historische Seidenstraße sowie den Aufstieg und Niedergang Chinas und Russlands in der internationalen Ordnung runden den Band ab.

Der Band hat 376 Seiten, 31 Abbildungen, 6 Farbkarten. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 20,00 € (statt 28,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Stephen Blank
Gefährliche Freunde
Das Militärbündnis Russland–China

Morena Skalamera
Schmierstoff der Beziehung
Russlands Energie für China

Temur Umarov
Kooperation statt Konflikt
China und Russland in Zentralasien

Lukas B. Wahlen
Große Worte, kleine Taten
Russland und China in der Arktis

Vasilij Kašin, Aleksandra Jan'kova
Tor nach Osten?
Kooperation an der Grenze China–Russland

Mattia Nelles
Wes Brot ich ess, des Lied ich nicht sing
China, Russland und die Ukraine

Reinhard Veser
Auf der richtigen Seite der Barrikaden
Litauens Konfrontation mit China

V. Krüsmann, J. Langbein, B. Ocaklı, T. Peragovics
Zehn Jahre Neue Seidenstraße
Ein Blick nach Ungarn, Serbien, Georgien und Kasachstan

Inhalt

Jürgen Osterhammel
Imperialgeschichten
China und Russland in Zeit und Raum

Rudolf A. Mark
Die historische Seidenstraße
Routen, Händler, Güter

Gerd Koenen
Reaktionäre Revisionisten
Russland und China in der Ära
Putin & Xi

Michael Rochlitz
Rollentausch Russland–China
Determinanten der Wirtschaftspfade

Roland Götz
Asymmetrische Interdependenz
CI und RU – Volkswirtschaften im
Vergleich

MACHT UND RECHT

Nicola Spakowski
Xi Jinping
Ein „starker Mann“ für eine „starke
Nation“

Fabian Burkhardt
Vladimir Putin
Personalisierte Macht im Krieg

Alexander Libman
Negative Konvergenz
Autoritarismus in China und Russland

Björn Alexander Düben
Obsession „innere Sicherheit“
Entente der Autokraten in Peking
und Moskau

Angelika Nußberger, Lauri Mälksoo
Völkerrecht à la russe
Multipolarität versus Universalität

Björn Ahl
Norm Taker oder Norm Maker?
China und das Völkerrecht

KONFLIKT UND KOOPERATION

Gudrun Wacker
Chinas Balanceakt
Russlands Krieg gegen die Ukraine
und die Implikationen für Taiwan

Janis Kluge
Mit Risiken und Nebenwirkungen
Russlands Wirtschaftsbeziehungen
mit China und die Sanktionen des
Westens

F. Brekk, R. Rusnac, R. Weitz
Gewichtsverschiebung
Russlands Militärkooperation mit
China

Siehe zu diesem Thema auch Episode #8 unseres Podcasts OSTERWEITERUNG mit **Gudrun Wacker** und **Manfred Sapper**:

Episode 8: Konturen der Macht. China-Russland

<https://www.podcast.de/episode/618465217/konturen-der-macht-china-russland>



Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



Im Schatten der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten ist Aserbaidschans Krieg zur Vertreibung aller Armenier aus Karabach nahezu unbemerkt geblieben. Grund genug für Osteuropa, in der neuen Aufgabe „Standortbestimmung“ diese historische Tragödie zu analysieren. Die EU bemüht sich ungeachtet des Krieges, mit dem Aggressor Aserbaidschan die Energiepartnerschaft zu vertiefen. Kai-Olaf Lang analysiert die Wahlen in Polen und die Handlungsspielräume der neuen Regierung, Anna Veronika Wendland blickt auf das ukrainische Kernkraftwerk Zaporizžja, das Russland besetzt hat und zu einem Testfall für Reaktorsicherheit unter Kriegsbedingungen geworden ist. Und Felix Ackermann liefert aus einer Mikroperspektive auf die Stadt Jonava einen erhellenden Längsschnitt durch der Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert.

Der Band hat 240 Seiten, 54 Abbildungen, 4 Karten. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

Georgi Derluguian

Ein kleiner Weltkrieg
Die ethnische Säuberung Bergkarabachs

Otto Luchterhandt

Der Untergang von Arzach
Historische Tragödie und Alarmzeichen für die Republik Armenien

Roland Götz

Energiepartnerschaft EU – Aserbaidschan
Die Erweiterung des Südlichen Gaskorridors

Kai-Olaf Lang

Umbruch an den Urnen
Die Wahlen in Polen und die Politik der neuen Regierung

Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine
Analysen aus dem Sommer und Herbst 2023

Anna-Veronika Wendland

Das Kernkraftwerk Zaporizžja
Reaktorsicherheit am Kriegsschauplatz

Felix Ackermann

Standort Litauen
Landeskunde, nicht nur für die Bundeswehr

Ada Raev

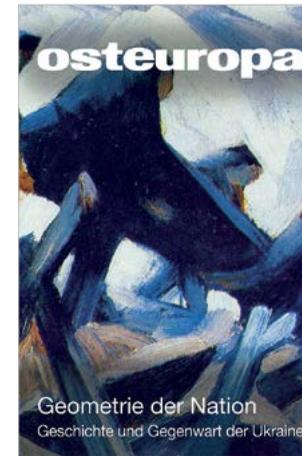
Der Begriff *École de Paris*
Verdrängung osteuropäisch-jüdischer Künstler aus dem Kanon der Moderne

Aleksandr Moroziv

Russlands freie Gesellschaft im Exil
Politiker, Bürgerrechtler, Journalisten, Künstler

Norbert Franz

Popkultureller Putinismus
Russlands „Schamane“ rockt für den Krieg



Seit zehn Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Zur Verteidigung ihrer Souveränität erhält sie breite Unterstützung aus dem Westen. Ob diese ausreicht, um den Aggressor zurückzuschlagen, ist offen. Einen Nebeneffekt hat der ukrainische Freiheitskampf: das Interesse am Land ist explodiert. Und die Ukrainestudien gewinnen an Profil und Substanz. Das zeigen die 14 Beiträge in Osteuropa 12/2023 „Geometrie der Nation. Geschichte und Gegenwart der Ukraine“. Sie schlagen den Bogen vom Kriegsgeschehen über eine Analyse des ukrainischen Sonderwegs nach Westen, den ukrainischen Futurismus, eine Lokalstudie über das jüdische Berdyčiv bis zur Debatte über Postkolonialismus und die Ukraine.

Das Heft hat 208 Seiten, 4 Farbkarten. DGO-Mitglieder erhalten es zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Emil Souleimanov

Unerwartete Allianzen
Karabach, Gaza und die Folgen

Nikolay Mitrokhin

Der Krieg in der Ukraine 2023
Bilanz eines schrecklichen Jahres

Christine Engel

Stimmungsbarometer Witz
Putin, der Krieg und die Lage in Russland

Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte aus dem Winter 2023/2024

Gerhard Simon

Go West!
Etappen des Sonderwegs der Ukraine

Ulrich Schmid

Postkolonialismus und kein Ende?
Die Ukraine als Testfall für theoretische Alternativen

Stephan Rindlisbacher

Das sowjetische Erbe
Territorien, Grenzen und ihre Relevanz für heute

Bozhena Kozakevych

Modernisierung und Sowjetisierung
Die Sowjetmacht und die Juden in Berdyčiv

Claudia Dathe

Futurismus in der Ukraine
Aufbruch, Umbruch, Abbruch

Andrii Portnov

Ukraine-Studien an der Viadrina
Möglichkeiten und Herausforderungen

Christian Thomas

Weinen und Widerstand
Taras Ševčenko und die Ukraine: eine Annäherung

Joseph Brodsky

Auf die Unabhängigkeit der Ukraine

Michail Ryklin

Genie und Narr
Iosif Brodskijs Gedicht „Auf die Unabhängigkeit der Ukraine“

Evgenij Brejdo

Kein Schmähdgedicht
Iosif Brodskijs „Auf die Unabhängigkeit der Ukraine“

OSTEUROPA-Recht



Zu Recht haben die jüngsten Ausgaben dieser Zeitschrift besonderes Augenmerk der ukrainischen Rechtsentwicklung gewidmet. Vorliegend sind nun drei Beiträge versammelt, die die prekäre Lage des Rechts in Russland aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten: Der Beitrag von Schramm behandelt Schwerpunkte der sehr umfangreichen gesetzgeberischen „Anti-Sanktionsmaßnahmen“, die Russland nach dem 24. Februar 2022 ergriffen hat, um die Wirtschaft zu stabilisieren – Rechtsvorschriften, die die zunehmende Isolierung und Selbstisolierung der russländischen Wirtschaft begleiten und vielleicht Elemente einer Antwort auf die Frage beinhalten, warum die russländische Wirtschaft bisher unerwartet gut das „Sanktionsregime“ verkräftet hat. Novitskaya beschreibt den neuen Tatbestand der „Diskreditierung der Streitkräfte und Freiwilligenverbände“ im russländischen Ordnungswidrigkeitengesetzbuch und die bisherige Praxis dazu. In beiden Beiträgen, die vordergründig unmittelbar mit dem gegenwärtigen Krieg verbunden sind, lassen sich Entwicklungslinien beobachten, die Jahre zurück reichen. Der kurze Überblick von Vasev über die Entwicklung des russländischen Rechtssystems seit Verabschiedung der Verfassung von 1993 erweitert den zeitlichen Horizont noch einmal. Die weiteren Beiträge sind unterschiedlichen Themen aus verschiedenen Ländern Osteuropas (vom Antidiskriminierungsrecht in Bulgarien bis zur zivilrechtlichen Anspruchskonkurrenz in Polen) gewidmet.

Inhalt

Dimitar Stojanov

Interaktion zwischen Antidiskriminierungs- und Zivilrecht in Bulgarien

Karolina Wróbel

Evolution of the Statutory Property Regime in Poland from the Perspective of Martial Functions

Maciej Bujalski

Principle of Cumulative Concurrence of Tort and Contractual Liability in Polish Law

Aizhan Abdrassulova

The Development of the Process of Informatization, Digitalization and the Place of Information in the Kazakh Legal System

Igor Vasev

Evolution des russischen Rechtssystems und der russischen Staatlichkeit seit der Jahrtausendwende

Anna Novitskaya

Der Ordnungswidrigkeitstatbestand der Diskreditierung der Streitkräfte und Freiwilligenverbände in Russland

Hans-Joachim Schramm

Russische Gesetzgebung zur Stabilisierung der Wirtschaft

Aus Justiz und Rechtsprechung in Osteuropa

UNGARN: Verfassungsgerichtsurteil 19/2022. (XI. 11.)

AB über die Reichweite der Unschuldsvermutung (Herbert Küpper)

EGMR: Konventionswidrigkeit der Minderheitenpräferenz bei Parlamentswahlen (Herbert Küpper)

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 26,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.



Osterweiterung – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „Osterweiterung – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

Die bisherigen Episoden im Überblick:

Episode 5: LSBTI in Polen und Georgien

Übergriffe auf CSDs, Gewaltandrohungen, willkürliche Festnahmen und Hassreden kirchlicher Organe. Die Lage für Angehörige der LSBTI-Minderheit gestaltet sich in vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas als außerordentlich schwierig.

Homosexuelle und Transsexuelle werden in Georgien aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gesellschaftlich verfolgt, trotz anderslautender Gesetze. Im EU-Staat Polen entstanden derweil selbsternannte „LSBTI-freie Zonen“.

Wie ist es um die sexuellen Minderheiten in beiden Staaten bestellt? In der aktuellen Ausgabe von OSTERWEITERUNG sprechen wir über die Entwicklung der LSBTI-Rechte, die aktuelle Lage in beiden Staaten, Formen der Diskriminierung und Zukunftsperspektiven für die LSBTI-Bewegung.

Unsere Gesprächspartnerinnen:

Anna ARTWINSKA, Uni Leipzig, Leiterin der DGO-Fachgruppe Literatur- und Kulturwissenschaften
Sonja SCHIFFERS, Heinrich Böll Stiftung Tbilisi

<https://www.podcast.de/episode/616291036/lbtti-in-polen-und-georgien>



Episode 6: Das Schicksal der politischen Gefangenen in Belarus

Seit 1994 herrscht Alexander Lukaschenko über Belarus, zunächst autoritär, inzwischen mittels härtester diktatorischer Gewalt. Jegliche Ausdrucksform politischer Opposition wird unterdrückt, Medien- und Pressefreiheit gibt es faktisch nicht mehr. Oppositionelle, Demokratieaktivisten und Stimmen der Kritik sehen sich mit Inhaftierung, Folter oder der Notwendigkeit des Exils konfrontiert. Seit den landesweiten Aufständen der Bevölkerung gegen die gefälschten Wahlen im Jahr 2020 befinden sich nun knapp 1.500 politische Gefangene in Haft. Die sich zuspitzende weltpolitische Lage vernebelt dabei den Blick der Weltöffentlichkeit auf das Schicksal dieser Menschen.

Über diese politischen Gefangenen, ihre persönlichen Geschichten und den bedeutsamen Beitrag des politischen Häftlings Maxim Znak, der seine Erfahrungen im Buch „Zekamerone“ festgehalten hat, sprechen wir in dieser Podcast-Ausgabe.

Unsere Gesprächspartner*innen:

Katharina RAABE, Lektorin beim Suhrkamp Verlag
Volker WEICHSEL, Politikwissenschaftler und Slavist, Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA

<https://www.podcast.de/episode/616840837/das-schicksal-der-politischen-gefangenen-in-belarus>



Episode 7: Russlands Rolle im Nahost-Konflikt

Für Russlands Präsidenten Wladimir Putin stand der Schuldige am Nahost-Konflikt bereits während des Angriffs der Hamas auf Israel fest: der Westen habe versagt! Doch welche Rolle spielt Russland selbst im Konflikt zwischen der Hamas und Israel, und was bedeutet das für die russische Innenpolitik? OSTERWEITERUNG im Gespräch mit der Nahost- und Russland-Expertin Hanna Notte sowie dem Publizisten und ZEIT-Korrespondenten in Moskau, Michael Thumann.

Unsere Gesprächspartner*innen:

Michael THUMANN, ZEIT-Korrespondent in Moskau
Hanna NOTTE, Senior Research Associate am Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation, Berlin

<https://www.podcast.de/episode/618030532/russlands-rolle-im-nahost-konflikt>



Episode 8: Konturen der Macht. China-Russland

„Konturen der Macht. Die ungleiche Allianz China-Russland“ heißt das Heft 7–9 von OSTEUROPA. Was diese Allianz verbindet, was sie für Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Ansprüche Chinas auf Taiwan bedeutet und vor welche Herausforderungen sie die USA und die EU stellt, analysieren die China-Expertin Gudrun Wacker und der Osteuropa-Redakteur Manfred Sapper.

Unsere Gesprächspartner*innen:

Gudrun WACKER, Stiftung Wissenschaft und Politik
Manfred SAPPER, Politikwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA

<https://www.podcast.de/episode/618465217/konturen-der-macht-china-russland>



Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 67 (31.10.2023)
**Regierungsfreundliche Kundgebungen/
Visaeinschränkungen für Diaspora**

Nr. 68 (30.11.2023)
**Transformation des politischen Systems/
Das Regime und soziale Medien**

Nr.69 (22.12.2023)
**Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen
in Belarus**

Polen-Analysen

Nr. 314 (05.09.2023)
Die Bildungspolitik der PiS

Nr. 315 (19.09.2023)
**Zukunftsszenarien: die deutsch-polnischen
Beziehungen bis zum Jahr 2040**

Nr. 316 (04.10.2023)
**Digitale Arbeitsplattformen in Polen und ihre
Beschäftigten**

Nr. 317 (17.10.2023)
Polnische Literatur — wichtigste Tendenzen

Nr. 318 (24.10.2023)
**Der politische Wechsel nach den Parlamentswahlen
2023**

Nr. 319 (07.11.2023)
**Der Umgang mit Geschichte in den polnisch-
ukrainischen Beziehungen 1989–2023**

Nr. 320 (21.11.2023)
**Der Vertrauensverlust der katholischen Kirche
in Polen**

Nr. 321 (05.12.2023)
Die politische Landschaft nach den Sejmwahlen 2023

Russland-Analysen

Nr. 440 (30.09.2023)
LGBTQ und Repression

Nr. 441 (19.10.2023)
Regionen

Nr. 442 (15.11.2023)
Hat das Putin-Regime eine Ideologie?

Nr. 443 (06.12.2023)
Getreidehandel in Kriegszeiten/Wasserwege

Nr. 444 (16.12.2023)
**Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen und
Übergangsjustiz**

Ukraine-Analysen

Nr. 288 (19.09.2023)
**Ökologische Kriegsfolgen
Kachowka-Staudamm**

Nr. 289 (05.10.2023)
Ukraine-Krieg in deutschen Medien

Nr. 290 (02.11.2023)
Zwischen Resilienz und Trauma: Mentale Gesundheit

Nr. 291 (24.11.2023)
Der Globale Süden und der Krieg

Nr. 292 (19.12.2023)
**Eintritt in eine neue Kriegsphase?/
Selenskyjs Appelle an Russland**

Ukrainian Analytical Digest

No. 1 (September 2023)
Language usage and language policy

No. 2 (Oktober 2023)
Ukrainian studies in social sciences

No. 3 (Dezember 2023)
Russian occupation in Ukraine

Zentralasien-Analysen

Nr. 160 (09.11.2023)
**Turkmenen in Iran
Konferenz »Energy transition, Sustainability and
Inclusive Development in Central Asia«**

Russian Analytical Digest

[https://css.ethz.ch/publikationen/
russian-analytical-digest.html](https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest.html)



No. 299 (04.08.2023)
**Ideological and Conspiratorial Underpinnings of
Russia's War Against Ukraine**

No. 300 (14.09.2023)
Anti-LGBTQ Discrimination and Violence

No. 301 (22.09.2023)
**Domestic and International Reverberations from
Russia's War on Ukraine**

No. 302 (13.10.2023)
Opposition of Russian Society to the War

No. 303 (18.10.2023)
The Wagner Group – A Preliminary Update

No. 304 (27.11.2023)
Russia and the global food supply

No. 305 (30.11.2023)
Perceptions of Russia's War in the Global South

No. 306 (14.12.2023)
Russian Occupation in Ukraine

No. 307 (19.12.2023)
Taking Russia to Court

Caucasus Analytical Digest

[https://css.ethz.ch/publikationen/
caucasus-analytical-digest.html](https://css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html)



No. 135 (November 2023)
Impact of the Russian War against Ukraine on Georgia

Mitglieder

Veröffentlichungen

Beliakova, Nadezhda / Martin, Barbara (Hrsg.): *Religious Life in the Late Soviet Union: From Survival to Revival (1960s–1980s)*. Routledge, London, New York 2023. (<https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/77151>)



Boeckh, Katrin: *Back to the USSR. Russlands sowjetische Vergangenheit*. Kohlhammer, Stuttgart 2023.

Stykwow, Petra / Baumann, Julia: *Das politische System Russlands*. Nomos, Baden-Baden 2023.

Dalberg, Dirk / Lorenz, Astrid: *Das politische System der Slowakei. Konstante Kurswechsel in der Mitte Europas*. Wiesbaden, Springer VS 2023. (<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-42633-0>)



Eisfeld, Alfred / Eisfeld, Olga (Hrsg.): *Deportation der Deutschen aus dem europäischen Teil der Russischen Föderation (RSFSR). Dokumentensammlung (1941–1942)*. BKDR Verlag, Nürnberg 2023. (Депортация немцев из европейской части РСФСР. Сборник документов (1941–1942 гг.).)

Fischer, Sabine: *Die chauvinistische Bedrohung: Russlands Kriege und Europas Antworten*. Econ, Berlin 2023.

Flack, Anna / Musekamp, Jan / Panagiotidis, Jannis / Petersen, Hans-Christian: *Russian Germans on Four Continents. Histories of a Global Diaspora*. Lexington Books, Lanham 2023.

Frank, Melanie: *Sprache im Spannungsfeld von Nation und Demokratie. Lettlands Sprachenpolitik seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit*. Wiesbaden, Harrassowitz 2023.

Günther, Jutta / Jajesniak-Quast, Dagmara / Ludwig, Udo / Wagener, Hans-Jürgen: *Roadblocks to the Socialist Modernization Path and Transition. Evidence from East Germany and Poland*. Cham, Palgrave-Macmillan, 2024. (<https://tinyurl.com/RoadblocksSocialist>)



Lecke, Mirja / Sicher, Efraim (Hrsg.): *Cosmopolitan Spaces in Odesa: A Case Study of an Urban Context. Series: Ukrainian Studies*. Academic Studies Press, Boston 2023.

Mihr, Anja / Pierobon, Chiara: *Polarization, Shifting Borders and Liquid Governance: Studies on Transformation and Development in the OSCE Region*. Springer, Cham 2024. (<https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/86920>)



Nagel, Jürgen G. / Nolte, Hans-Heinrich (Hrsg.): *Imperiales Bauen. Architektur und Stadtplanung im Kontext großer Reiche. Global – Lokal. Beiträge zur Geschichte Europas in der Welt*, Bd. 1. Hagen University Press, Hagen 2023. (<http://tinyurl.com/ImperialesBauen>)



Ritter, Rüdiger (Hrsg.): *Musik und ihre gesellschaftliche Bedeutung in den staats- und postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas seit 1945*. Ostmitteleuropa interdisziplinär 3. Harrassowitz, Wiesbaden 2023.

Sasse, Gwendolyn: *Russia's War Against Ukraine*. Polity Press, Cambridge 2023.

Schmitt, Oliver Jens: *Machtkirche zwischen Diktatur und Demokratie. Geschichte der Rumänischen orthodoxen Kirche (1918–2023)*. Südosteuropäische Arbeiten Bd. 170. De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2023.

Schneider-Deters, Winfried: *Russlands Krieg in der Ukraine. Deutsche Debatten um Frieden, Faschismus und Kriegsverbrechen 2022–2023*. Ibidem, Stuttgart 2023.

Schwenck, Anna: *Flexible Authoritarianism. Cultivating Ambition and Loyalty in Russia*. Oxford University Press, New York 2023.

Tikhomirova, Anastasia: *Stromlinienunförmig. Eine Auswahl journalistischer Arbeiten*. edition assemblage, Münster 2023.

Ritter, Rüdiger: *Waffe oder Brücke? Willis Conover und der Jazz im Kalten Krieg*. Peter Lang, Berlin 2023.

Ritter, Rüdiger: *Haren/Maczków 1945–1948. Zwei Perspektiven auf die emsländische Gemeinde Haren in der Nachkriegszeit*. Verlag Stadt Haren 2023. (Dwa spojrzenia na miejscowość Haren w rejonie Emsland po II wojnie światowej).

Slutsch, Sergej / Tischler, Carola: *Deutschland und die Sowjetunion, 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Band 3: April 1937 bis August 1939*. De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2023.

Urban, Thomas: *Lexikon für Putin-Versteher*. Edition fotoTAPETA, Berlin 2023.

Personalien

Aufnahmen

Brak, Johannes / Hamburg

Chee, Luca J. / Reichenau

Czerwinska, Patrycja / Leipzig

Eckert, Simon / Lüneburg

Eichenberg, Julia / Bayreuth

Francke, Maren / Berlin

Fuhrmann, Regina / Berlin

Garcia, Lea / Bonn und Hamburg

Grunwaldt, Carsten / Luzk

Haberkorn, Tobias / Giessen

Harer, Klaus / Berlin

Hellfritzsich, Ron / Erfurt

Islamzade, Sabina / Bukarest

Krätsch, Constanze / Darmstadt

Kulke, David / Münster

Latz, Lukas / Berlin

Naumann, Paul / Warschau

Portnowa, Julia Portnowa / Berlin

Rapp, Jana / Köln

Sakhechidze, Aleksandre / Steinhofel

Schahadat, Schamma / Tübingen

Swierzy, David / Rain

Vögele, Leo / Kiel



Junge DGO im 2. Halbjahr 2023

Das Jahr 2023 ist zu Ende. Wir schauen besorgt auf die weltweiten Konflikte und Kriege, und zugleich erfreut auf die zahlreichen Begegnungen und den regen Austausch innerhalb der Jungen DGO.

Verschiedenste Veranstaltungen wurden von den sechs Regionalgruppen der Jungen DGO organisiert. Beim Berliner Chai&Piwo Stammtisch treffen monatlich Interessierte und Mitglieder der Jungen DGO in lockerer Runde zusammen. Die Berliner Regionalgruppe, geleitet von Natalia SOBCZUK und Tom-Aaron ASCHKE, organisierte zudem eine Informationsveranstaltung zu den Wahlen in Polen, moderiert von Johannes KLEINMANN, und kooperierte für die Ausstrahlung einer georgischen Filmreihe mit dem Ukrainian Filmfestival. Die Bremer Regionalgruppe beteiligte sich mit einem Vortrag über den Holodomor an einer Filmvorführung im Rahmen der Bremer Odessa-Tage. Regionalgruppen-Leiterin Caroline FINKELDEY moderierte zudem eine Podiumsdiskussion zu Rumänien und der EU. Die Regionalgruppe Leipzig, geleitet von Yuliya KOMARYNETS und Maria BEILMANN, organisierte eine Filmreihe mittel- und osteuropäischer Filme, startet die regionale Kolloquiumsreihe „Sachsen forscht“ und führte einen zweiten Schreibworkshop durch. Die Regionalgruppen München und Leipzig initiierten zudem einen Chai&Piwo Tisch nach dem Berliner Vorbild. In München fanden im letzten Halbjahr, teils in Kooperation mit dem tschechischen Zentrum, drei Lesungen statt. Neben Matthias MELCHER ist seit Oktober Paul

PRIMBS zweiter Leiter der Münchener Regionalgruppe. Die Regionalgruppe Rheinland präsentierte einen Reisebericht aus Usbekistan mit Vortrag über die Wegfindung Usbekistans zwischen Ost und West.

Die vier Arbeitsgruppen der Jungen DGO decken ein breites Themenfeld ab. Im Rahmen des Mentoring-Programms unter der neuen Leitung von Constantin MITSCHELEN und Nicola ULSAMER bildeten sich 25 Tandems, die bis Frühjahr 2024 selbstständig im Austausch sind. Die Arbeitsgruppe Diversität und Chancengleichheit, geleitet von Rebekka PFLUG und Luisa KLATTE, führte mehrere Umfragen durch und bereitet auf dieser Grundlage einen Workshop zur sozioökonomischen Herkunft vor. Die neue Arbeitsgruppe Internationalisierung (Magdalena ERIKSRÖD-BURGER, Alexander Meienberger, Niklas PLATZER) plant für das kommende Halbjahr die ersten Veranstaltungen und möchte die Junge DGO zunächst im deutschsprachigen DACH-Raum stärker vernetzen. Die Arbeitsgruppe Veranstaltungen unter der neuen Leitung von Tila de ALMEIDA MENDONÇA erarbeitet momentan eine Internationalisierung des online-Kolloquiums zur Vorstellung von Promotionsprojekten.

Am 22. und 23. September fand im Mainz zum zweiten Mal eine studentisch organisierte Tagung unter dem Motto „Was bleibt?“ statt. Die interdisziplinäre Tagung brachte Studierende in der frühen Qualifikationsphase aus dem DACH-Raum zusammen. Die Junge DGO begleitete die Tagung und Organisation als Kooperationspartner. Neben dieser Tagung fand

auch das 6. Forum zur Berufsorientierung ZUKUNFT OSTEUROPA an der Viadrina in Frankfurt / Oder statt (für einen ausführlichen Bericht siehe Seite 26).

Zudem sind die Planungen für kommende Kongresse angelaufen: Die JOE-Tagung soll im Juli 2024 in Gießen stattfinden. Auf dem DGO-Kongress CEECON im Oktober in Berlin organisieren Matthias Melcher und Annemarie POLHEIM für die Junge DGO ein interdisziplinäres Panel zur Projektvorstellung von Forschenden in frühen Qualifikationsphasen.

Das letzte Aktiventreffen der Jungen DGO fand im November online statt. Neben den Berichten der Gruppen wurde dort unter anderem über einen künftigen Auftritt der Jungen DGO auf Instagram und über die Sprecher*innenwahl im März 2024 gesprochen. Außerdem soll der Mail-Newsletter wiederbelebt werden. Das nächste Treffen wird am 21. März auf der Mitgliederversammlung der Jungen DGO stattfinden – unmittelbar vor der Mitgliederversammlung und Jahrestagung der DGO.

Wir blicken auf das vielseitige Veranstaltungsprogramm und die bereichernden Initiativen der Regional- und Arbeitsgruppen zurück und bedanken uns bei den Aktiven, die unermüdlich Ihre Zeit und Expertise bereitstellen und einen großartigen Beitrag für die junge Osteuropaforschungs-Community leisten. Wir freuen uns sehr auf kommende Kongresse, Veranstaltungen und die bereits angelaufenen Planungen für das kommende Jahr.

ZUKUNFT OSTEUROPA – 6. Forum zur Berufsorientierung

In Kooperation mit der Europa-Universität Viadrina
13. und 14. Oktober 2023, Frankfurt (Oder)/Ślubice

Bericht: Almut Müller

Die sechste Ausgabe des Forums zur Berufsorientierung ZUKUNFT OSTEUROPA der Jungen DGO fand am 13. und 14. Oktober 2023 in Kooperation mit der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) statt. Zum ersten Mal war die Veranstaltung als zweitägiges Forum angelegt und bot den Teilnehmer*innen vielfältige Möglichkeiten, sich zu vernetzen und über Berufsfelder und Karrierewege mit Bezug zum östlichen Europa zu informieren. Zahlreiche Referent*innen teilten als Leiter*innen der Workshops, Vertreter*innen ihrer Organisation auf dem Markt der Möglichkeiten und Panelist*innen bei der Podiumsdiskussion ihre Perspektiven und Erfahrungen mit den Teilneh-

mer*innen. Zu der Veranstaltung waren mehr als 50 Student*innen und Absolvent*innen gekommen.

Der Leiter der DGO-Zweigstelle Frankfurt (Oder) und Professor für Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina Timm BEICHELT sprach in seiner kurzen Rede von der Bedeutung der kleinen, aber engagierten Universität und der deutsch-polnischen Doppelstadt Frankfurt (Oder)/Ślubice als Veranstaltungsort. Auch die Sprecherin der Jungen DGO Annemarie POLHEIM begrüßte die Teilnehmer*innen herzlich und warb dafür, sich bei der Jungen DGO einzubringen.

Den Einstieg in das inhaltliche Programm bildeten zwei Workshop-Einheiten zu möglichen Berufsfeldern, in denen Osteuropa-Expertise gefragt ist, wie Journalismus, Wissenschaft oder Wirtschaft. Ausgehend von ihrer eigenen Biografie berichteten die Referent*innen von ihrem Arbeitsalltag, beschrieben aber auch weitergehend ihr Berufsfeld und Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf. Dabei schafften sie eine offene Atmosphäre des Austauschs, vermittelten die Schwierigkeiten, aber auch die



Johann Sophie Hiebl, Căcilia Wosnitzka



Amanda Beser

Freude an ihrem jeweiligen Beruf und nahmen sich viel Zeit, die Fragen der Teilnehmer*innen zu beantworten.

Zum anschließenden „Markt der Möglichkeiten“ stießen auch Studierende und Interessierte aus der Stadt Frankfurt (Oder) dazu. Hier stellten sich Organisationen und Initiativen aus dem Raum Berlin/Brandenburg wie das neue Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies (VCPU), das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vor, um nur einige zu nennen. Der Gesprächsbedarf bei den Teilnehmer*innen war sehr groß.

Das öffentliche Abendprogramm fand in der Kulturmanufaktur Gerstenberg (KUMA) statt. Unter dem Titel: „Comeback Regionalexpertise?“ ging es um die Zukunft des Arbeitens zu, in und mit dem östlichen Europa“. Die Gäste Felix ACKERMANN, Carolin ROEDER, Bernd BUDER und Vika BIRAN unternahmen dabei den Versuch einer sowohl rückblickenden als auch auf die Zukunft gerichteten Einordnung von „Osteuro-

pa-Kompetenz“. Nach dem anschließenden polnischen Kurzfilm „Be Somebody“ von Michał Toczec ließen die Teilnehmer*innen den Abend mit Buffet, offener Bar und gemütlichen Gesprächen in der KUMA ausklingen.

Am zweiten Veranstaltungstag folgte ein weiterer Workshop-Block, diesmal zu Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf mit fünf parallelen Workshops zu Themen wie Promotion, Volontariat und Arbeiten im Ausland. Wieder nahmen sich die Referent*innen viel Zeit für die Fragen und Unsicherheiten der Teilnehmer*innen und ermunterten diese zu den nächsten Schritten. Bei der abschließenden Evaluation wurden „Zuversicht“, „Motivation“, „neue Ideen“ und auch „handfeste Infos“ als Ergebnisse der Veranstaltung genannt. Zu den Highlights gehörte für die Teilnehmer*innen außerdem, andere Student*innen und Absolvent*innen in einer ähnlichen Lebenslage zu treffen sowie die Doppelstadt als Veranstaltungsort zu erleben. Der Weg über die Grenzbrücke zur Unterkunft auf der polnischen Seite kann hier auch gern symbolisch verstanden werden.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Seit Oktober 2023 ist **Julia Herzberg** stellvertretende Direktorin des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO) sowie Professorin für die Kulturgeschichte des östlichen Europa an der Universität Leipzig. Zuvor war sie von 2016 bis 2023 Professorin für die Geschichte Ostmitteleuropas/ Russlands in der Vormoderne an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Regensburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen u. a. die Geschichte Russlands vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Russland im Zeitalter der Aufklärung und Wissenschafts-, Technik- und Umweltgeschichte Ostmittel- und Osteuropas. Julia Herzberg ist zudem Mitinitiatorin der Initiative #metoohistory (seit 2023). Beim GWZO tritt sie die Nachfolge von Stefan Troebst an, der von 1999 bis 2021 stellvertretender Direktor war.

Wissenschaftlicher Ausschuss des DAAD „Herausforderung und Chancen der akademischen Kooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums“

Text: Martha Schmidt

Die Staaten des postsowjetischen Raums stehen derzeit im Zentrum globaler geopolitischer Ordnungsfragen. Nicht nur die Ukraine, auch Belarus, der Kaukasus und Zentralasien sind Schauplätze schwelender bzw. offen ausgetragener Konflikte. Während Russland mit neoim-

perialem Anspruch versucht, die eigene Macht- und Einflussphäre in diesen Regionen zu stärken, positionieren sich auch weitere Akteure, allen voran China in Zentralasien, aber auch die Türkei im Südkaukasus mit eigenen Interessen und tragen damit zu regionalen Unsicherheiten bei.

Angesichts dieser komplexen Gemengelage und der massiven Veränderungen, die die Zeitenwende auch für den Wissenschaftsbereich bedeutet, hat der DAAD einen wissenschaftlichen Ausschuss mit dem Titel „Herausforderung und Chancen der akademischen Kooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums“ ins Leben gerufen. Im Zentrum der Ausschussarbeit liegt die Gestaltung der deutschen außenwissenschaftspolitischen Beziehungen zu den Ländern der Region. Der Ausschuss soll untersuchen, welche wissenschaftspolitischen Folgen das klar artikulierte geopolitische Interesse Deutschlands und der EU an den Regionen des postsowjetischen Raums haben könnte. Dabei werden unter anderem folgende Fragen diskutiert: Welchen Rahmenbedingungen unterliegen wissenschaftliche Kooperation und Netzwerke in diesem geopolitischen Raum? Welche Chancen und Risiken sind hier im Bewusstsein eigener Werte und Interessen besonders in den Blick zu nehmen?

Als wissenschaftlicher Sprecher des Ausschusses, der insgesamt acht Mitglieder zählt, fungiert DGO-Mitglied Martin Schulze Wessel von der Ludwig-Maximilians-Universität München. Am 27. November 2023 fand die erste Sitzung des Ausschusses beim DAAD in Bonn statt. In den kommenden zwei Jahren wird der Ausschuss Empfehlungen für die deutschen Hochschulen und das deutsche Wissenschaftssystem zur Kooperation mit den Staaten des postsowjetischen Raums erarbeiten. Die DGO ist zudem mit Vizepräsidentin Sabine Fischer im Ausschuss vertreten.



Iryna Kashtalian

Neue Initiativen zur Förderung der Ukrainestudien in Deutschland

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellte auch für die deutsche Osteuropaforschung eine Zäsur dar. Dabei wurde unter anderem deutlich, dass die Forschungen zur Ukraine in Deutschland deutlich unterrepräsentiert sind, insbesondere im Hinblick auf eine institutionelle Etablierung der Ukrainestudien. In den letzten zwei Jahren sind zahlreiche Initiativen entstanden, die das Ziel einer Förderung der Ukrainestudien in Deutschland haben. Einige davon stellen wir an dieser Stelle vor.

Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies (VCPU)



Das im Juli 2023 gegründete **Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies (VCPU)** verbindet das Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien und die Professur für *Entangled History of Ukraine* zu einer neuen Forschungseinrichtung an der Europa-Universität Viadrina. Die Schwerpunkte des VCPU bilden die interdisziplinäre Forschung zur polnischen und ukrainischen Geschichte und Gegenwart sowie die Vermittlung von wissenschaftlich fundiertem, aktuellem Wissen über Polen und die Ukraine an eine interessierte Öffentlichkeit.

Interdisziplinäre Konferenzen, Workshops, Vorlesungen, Sommerakademien, Forschungsreisen und Kurse der wissenschaftlichen Mitarbeiter des VCPU sowie internationalen Gastwissenschaft-

ler*innen, mehrere Publikationsreihen, ein Wissenschaftsblog und ein YouTube-Kanal sollen die Forschung zu Polen und der Ukraine beleben und betonen die besondere Rolle der Viadrina als Ort des europäischen intellektuellen Austauschs.

Die Forschung am VCPU widmet sich den beiden Ländern in ihrem breiten transregionalen Kontext und berücksichtigt die engen Verflechtungen, Gemeinsamkeiten und Konflikte zwischen ihnen. Polen- und Ukrainestudien werden dabei als integraler Bestandteil der Mittel- und Osteuropastudien verstanden. Unter Berücksichtigung der kulturellen und politischen Agenda beider Länder verstehen wir unsere Forschung als integrativ mit interdisziplinären Fokus.

Das Ziel des VCPU ist es, ein umfassendes Verständnis der historischen und aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse in Polen und der Ukraine in einem europäischen und globalen Kontext zu gewinnen. Zu den zentralen Forschungsthemen gehören z. B. historische Erfahrungen der Konfliktlösung und Koexistenz, aktuelle Herausforderungen von Migration und Dekolonisierung, Transformationsprozesse seit 1989, Zweisprachigkeit und Populärkultur, Erinnerungskämpfe und Versöhnungsprozesse. Besonderes Augenmerk liegt auf dem multiethnischen Erbe der Region, einschließlich der jüdischen und muslimischen Gemeinschaften.



Andrii Portnov, Dagmara Jajeśniak-Quast

Das VCPU möchte polnische, ukrainische sowie mittel- und osteuropäische Studien in möglichst viele Fächer sowie Studiengänge an der Viadrina integrieren. Deshalb werden Lehrveranstaltungen in der Regel in englischer und deutscher Sprache sowie weitere in polnischer und ukrainischer Sprache angeboten, die sich an Studierende aller drei Fakultäten auf allen Qualifikationsstufen – BA, MA und PhD – richten.

Die Forschungsergebnisse des VCPU sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wissenschaftlich fundiertes, glaubhaftes Wissen sowie Informationen über die komplexe Situation und die Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa werden in Deutschland dringend benötigt. Um die Ergebnisse der Projekte Zentrums in eine öffentliche Debatte einzubringen, sollen bestehende Formate weiterentwickelt werden: Neben der Buchreihe *Interdisciplinary Polish Studies* - die sowohl in gedruckter als auch digitaler Form (*Open Access*) erscheint – hat das VCPU einen YouTube-Kanal sowie einen Wissenschaftsblog.

Quelle: Pressestelle der Viadrina



www.vcpu.europa-uni.de/en/index.html

Deutsch-ukrainisches Zentrum der Geschichtswissenschaften (Ludwig-Maximilians-Universität München/Universität Lviv)

Ein deutsch-ukrainisches Kooperationsprojekt soll die Geschichte der Massengewalt im 20. Jahrhundert erforschen. Dazu wird am Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der LMU und an der Katholischen Universität Lviv vom Jahr 2024 an ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Forschungszentrum aufgebaut. Das BMBF hat am 21. Oktober insgesamt vier solcher Zentren bewilligt, mit denen die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine gefördert werden soll.

An dem neuen Zentrum in den Geschichtswissenschaften beteiligt sind DGO-Mitglied Martin Schulze Wessel, Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der LMU, sowie der Historiker Professor Yaroslav Hrytsak von der Katholischen Universität Lviv. „Für die deutsch-ukrainischen Beziehungen in den Ge-

schichtswissenschaften ist das eine sehr erfreuliche Entscheidung“, so Martin Schulze Wessel. „Aber auch für die Öffentlichkeit ist die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts von immensm Interesse.“ Das Zentrum soll die Gewaltgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erforschen und diese mit der Geschichte ihrer Erinnerung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verbinden. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt. Zunächst soll es um sowjetische Massenverbrechen in den 1930er-Jahren gehen, insbesondere den Holodomor, die von der Sowjetführung verursachte Hungersnot in der Ukraine mit fast vier Millionen Opfern. Ein weiteres Thema ist die Massengewalt von deutscher Seite, die Verbrechen der deutschen Besatzungsherrschaft und insbesondere der Holocaust. Schließlich befasst sich das Zentrum mit den Themen Propaganda und Erinnerung – mit den Diskursen über die deutsche Besatzung und die sowjetischen Verbrechen in der Ukraine im Kalten Krieg.

Das neue Forschungszentrum sei ein Pionierprojekt in den Beziehungen der Geschichtswissenschaften der beiden Länder, so Martin Schulze Wessel. Denn abgesehen von der „Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission“, die Schulze Wessel und Yaroslav Hrytsak nach der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim und dem Beginn des russisch-ukrainischen Kriegs 2015 gegründet hatten, gebe es bislang keine „institutionelle Forschungsverbindung zwischen deutschen und ukrainischen Universitäten oder Instituten in den Geschichtswissenschaften“.

Insgesamt fördert das BMBF vier deutsch-ukrainische Forschungszentren in unterschiedlichen Feldern. Neben der Geschichtswissenschaft sind dies Quantenphysik, Plasmatechnologie und Naturstoffforschung. Pro Exzellenzkern stellt das Ministerium ab 2024 für vier Jahre rund 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine trifft auch die ukrainische Wissenschaft mit andauernder Härte“, so Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger. „Mit den jetzt ausgewählten vier deutsch-ukrainischen Exzellenzkernen unterstützen wir die Ukraine gezielt bei einem modernen, forschungsstarken Wissenschaftssystem und einem funktionierenden Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft.“ Dies sei auch ein wichtiger Beitrag zum Wiederaufbau des Landes.

Quelle: Pressestelle der LMU

„Dieser Status stellt einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit dar!“

Die Auswirkungen der Einstufung als „unerwünschte Organisation“ in Russland – zwei Interviews

Mit dem *Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)* und dem *Akademischen Netzwerk Osteuropa (akno e.V.)* sind 2023 zwei enge Kooperationspartner der DGO von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation zu „unerwünschten Organisationen“ erklärt worden. Die Klassifizierung als „unerwünschte Organisation“ bedeutet, dass diesen jegliche Arbeit in Russland untersagt ist. Kooperationspartner*innen in Russland ist zudem die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen unter Androhung einer Haftstrafe von bis zu sechs Jahren verboten. Einzelpersonen und Organisationen mit Verbindungen zu „unerwünschten Organisationen“ sind damit dem akuten Risiko politischer Verfolgung ausgesetzt. Wir haben mit Gwendolyn Sasse, wissenschaftliche Direktorin des ZOiS und DGO-Vizepräsidentin, und Philipp Christoph Schmädke, Vorstandsvorsitzender von akno e.V. und des dazugehörigen *SCIENCE AT RISK Emergency Office* über die Auswirkungen dieser Einstufung gesprochen.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

DGO: Die Einstufung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem das ZOiS sowohl die Forschungstätigkeiten in Russland als auch jegliche institutionelle Beziehungen bereits seit längerem eingestellt hat. Inwiefern beeinflusst der Status als „unerwünschte Organisation“ dennoch Ihre Arbeit?

Gwendolyn Sasse: Auch wenn es keine institutionellen Kooperationen gibt, stellt dieser Status doch einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit dar. Mit dem Status kann jegliche Zusammenarbeit mit dem ZOiS von Russland potenziell zu einer Straftat erklärt werden. Das gilt auch, wenn dies im Ausland, also in Deutschland, geschieht. Damit wird es für russische Staatsangehörige

zu einem Risiko, an ZOiS-Projekten mitzuwirken, bei ZOiS-Veranstaltungen aufzutreten oder in einer ZOiS-Publikation zu schreiben. Es ist klar, dass das darauf abzielt, kritische Wissenschaftler*innen und ihre Institutionen einzuschüchtern. Konkret könnte auch unsere Forschung außerhalb Russlands eingeschränkt werden, wenn wir aus forschungsethischen Überlegungen z. B. Interviewpartner*innen mit einem russischen Pass vor Beginn eines Gesprächs über unseren institutionellen Status informieren. Außerdem wird mit dem Status auch das Verbreiten unserer Publikationen und Inhalte in Russland untersagt, wodurch es noch schwieriger wird, unsere Forschungsergebnisse in die russische Gesellschaft zurückzuspielen.

DGO: Einige Ihrer Mitarbeiter*innen haben einen russischen Pass und/oder familiäre Beziehungen nach Russland. Welche Auswirkungen hat die Erklärung für diese Menschen?

Sasse: Unsere Mitarbeiter*innen mit russischer Staatsangehörigkeit haben sich bewusst dafür entschieden, im Ausland zu leben und unabhängige Forschung mit Russlandbezug durchzuführen. Dadurch hatten sie sich aus Sicht der russischen Regierung politisch bereits eindeutig positioniert. Dennoch empfinden sie das neue Label „unerwünscht“ als bedrohlich – nicht zuletzt, weil sie noch Familie oder Freunde in Russland haben und evtl. aus familiären Gründen irgendwann nach Russland reisen müssen. Die neue Situation sorgt für Unsicherheit, was zweifellos auch so beabsichtigt ist. Gerade jüngere Wissenschaftler*innen und studentische Hilfskräfte, die ja bislang gar keine dauerhafte Perspektive in Deutschland haben, werden von dem Status unter Druck gesetzt.

DGO: Das ZOiS ist die erste wissenschaftliche Institution in Deutschland, die in Russland zur „unerwünschten Organisation“ erklärt wurde, kurz danach traf es das „Akademische Netzwerk Osteuropas“ (akno), weitere Institutionen werden folgen. Welche Auswirkungen hat die Gesetzgebung langfristig auf die internationale Wissenschaftslandschaft und die Wissenschaftsfreiheit? Besteht die Gefahr, dass andere autoritäre Staaten ähnliche Gesetze erlassen?

Sasse: In der Tat sind die meisten in Deutschland und international gelisteten Institutionen NGOs. Daneben nimmt das ZOiS als Forschungsinstitut eine Sonderrolle



Gwendolyn Sasse

ein. Der Status „unerwünscht“ ist eines von verschiedenen möglichen Druckmitteln, um gegen unliebsame Wissenschaftler*innen vorzugehen. Das Beispiel des China-Instituts Merics zeigt, dass auch andere autoritäre Staaten aktiv versuchen, Forschung aus dem/im Ausland einzuschränken. Dieser Trend wird sich fortsetzen und es gilt, diese Dynamik und unseren Umgang damit zu diskutieren.

DGO: Welche Form der Unterstützung von außen würde Ihnen weiterhelfen?

Sasse: Die typische Reaktion auf die Nachricht über den Status war der Hinweis, dass wir es als Lob unserer Arbeit verstehen sollen. Einige deutsche Organisationen mit Osteuropabezug, mit denen wir zusammenarbeiten – darunter die DGO und die Humboldt-Universität zu Berlin, haben das Vorgehen in öffentlichen Statements oder in den sozialen Medien kritisiert und damit sinnvoll auf den Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit hingewiesen. Wir sehen auch die Regierung in der Verantwortung, diese Art von Einschränkungen zu thematisieren und sich an Lösungen für möglicherweise resultierende aufenthaltsrechtliche Fragen zu beteiligen. Darüber hinaus ist ein Austausch mit anderen gelisteten Organisationen hilfreich, um uns über den Umgang mit dem Label auszutauschen. Es gilt vorseilenden Gehorsam zu vermeiden, aber diejenigen, denen gemeinsame Aktivitäten mit dem ZOiS zur Gefahr werden können, die Möglichkeit zu geben, eine informierte Entscheidung über ihren Umgang mit uns zu treffen.

Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des ZOiS. Seit April 2021 ist sie zudem Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie Professor of Comparative Politics im Department of Politics and International Relations und in der Oxford School for Global and Area Studies an der University of Oxford sowie Professorial Fellow am Nuffield College. Zudem ist die Non-Resident Senior Fellow beim Think Tank Carnegie Europe. Kürzlich erschien ihr Buch: „Der Krieg gegen die Ukraine“ im C.H. Beck Verlag (sowie 2023 auf Englisch: „Russia’s War Against Ukraine“).

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

ZOIS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
Centre for East European and International Studies

Das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) ist ein unabhängiges, internationales, öffentlich finanziertes Forschungsinstitut. Es konzentriert sich auf grundlagenorientierte und gesellschaftsrelevante wissenschaftliche Forschung zu Osteuropa und vermittelt die Ergebnisse an Politik, Medien und die breite Öffentlichkeit. Die ZOiS-Forscher*innen kommen aus unterschiedlichen Disziplinen wie Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialanthropologie, Wirtschafts- und Sozialgeographie, Politische Ökonomie, Theologie und Kulturwissenschaften. Die ZOiS-Wissenschaftler*innen teilen ihre Ergebnisse regelmäßig mit politischen Entscheidungsträgern, Medien und einer interessierten Öffentlichkeit.

<https://zois-berlin.de>



Akademisches Netzwerk Osteuropa (akno e.V.)

DGO: Als „unerwünschte Organisation“ ist akno jegliche Arbeit in Russland untersagt, Kooperationen können mit bis zu sechs Jahren Haft bestraft werden. Wie stark schränkt die Einstufung Ihre Arbeit für gefährdete russische Wissenschaftler*innen ein?

Philipp Christoph Schmädke: Unsere Arbeit wird definitiv massiv eingeschränkt, weil wir natürlich mit Personen arbeiten, die einem besonderen Risiko ausgesetzt sind. Es muss immer unser Ziel sein, gefährdete Personen, ja auch selbst Personen, die nicht unmittelbar gefährdet sind, nicht einem noch größeren Risiko auszusetzen. Und das ist es ja, was die russische Regierung, das Regime mit diesem Gesetz beabsichtigt: Kontakte werden abgebrochen, Verständigung und Brücken werden abgebrochen, zivilgesellschaftlicher Austausch wird abgebrochen. An der Oberfläche ist das auch tatsächlich der Fall.

Man muss aber sehr stark unterscheiden zwischen dem, was öffentlich passiert und was nicht öffentlich passiert. Für uns ist ganz klar, dass eine öffentlich verlaubliche Kooperation mit Personen und Organisationen aus der Russischen Föderation so nicht mehr möglich ist. Das bedeutet aber nicht, dass wir Personen nicht weiter fördern und unterstützen. Aber dieser besondere Sicherheitsaspekt und dieses besondere Risiko machen die Arbeit bedeutend schwieriger und führen auch dazu, dass die IT-Sicherheitsstufen erhöht werden müssen, dass die eigenen Mitarbeiter*innen noch mehr geschützt werden müssen und dass wir sämtliche Personen, die mit uns kooperieren, über die Situation aufklären.

DGO: Welche Form der Unterstützung von außen würde Ihnen weiterhelfen?

Schmädke: Wichtig ist hier vor allen Dingen, dass die deutsche Zivilgesellschaft, aber auch die deutsche Politik weiter daran festhalten, Menschen, die in ihrer wissenschaftlichen Freiheit eingeschränkt sind, uneingeschränkt zu unterstützen. Wenn wir jetzt nachlassen, riskieren wir mehrere Dinge: Wir riskieren es, die aktuelle Generation von Studierenden aus Russland aber auch aus Belarus zu verlieren und damit ein enormes menschliches, aber auch wissenschaftlich-akademisches Potenzial. Und wir verlieren den Blick in die Länder hinein, weil diese Personen, die wir unterstützen,

natürlich auch wissen, was in ihren Ländern passiert. Das gilt für den akademischen Sektor, aber natürlich auch für die Gesellschaften und ihre politischen Strukturen. Insofern ist eine fortdauernde Unterstützung für gefährdete Forschende, Lehrende und Studierende extrem wichtig – trotz der Abstumpfung, die jetzt mit dem russischen Angriffskrieg leider einhergeht.

Gleichzeitig brauchen wir in Deutschland eine fortwährende Aufmerksamkeit für den immer destruktiveren und repressiver werdenden Charakter des russischen wie belarussischen Regimes: Die politische Verfolgung sämtlicher Andersdenkender, die Ideologisierung einer ganzen Gesellschaft, die Isolierung nach Außen und der bewusst herbeigeführte Bruch internationaler Regelwerke stagnieren nicht, sondern nehmen immer weiter zu. So kann die beispielsweise Zusammenarbeit mit sogenannten „Unerwünschten Organisationen“ zukünftig nicht nur zu strafrechtlich mit Freiheitsentzug sanktioniert werden, sondern auch zur Konfiszierung von Besitz und (Wohn-)Eigentum führen, und damit die gesamte Existenzgrundlage der Menschen zerstören. Auch schon geringfügige Meinungsäußerungen und Kritik an Regime und Krieg können schnell in einer mehrjährigen Lagerhaft münden.

DGO: Wie wirkt sich Ihrer Meinung nach die Gesetzgebung und deren Umsetzung langfristig auf Russland selbst bzw. die Entwicklung der dortigen Zivilgesellschaft aus?

Schmädke: Das, was das russische Regime beabsichtigt, ist letzten Endes geschlossene Informations-, Lehr- und Lernräume innerhalb der Grenzen jener „Ruskij Mir“ aufzubauen, die ideologisch von Regime-seite auch weit über die völkerrechtlich anerkannten der Russischen Föderation hinausreichen. Die Menschen, die in diesem Informationsraum eingeschlossen werden, sind im Grunde darin gefangen und entfernen sich automatisch immer weiter von Europa, europäischen Werten, Institutionen und Regelsystemen. Und das hat massive Konsequenzen, auch für zukünftige akademische und gesellschaftliche Zusammenarbeit. Es gibt keine gemeinsame Sprache im übergeordneten Sinne mehr: keine Kooperation, keinen Austausch, keine gemeinsamen Prinzipien und folglich auch keinen Konsens mehr, den es braucht um friedlich, konstruktiv und produktiv zusammenzuarbeiten: Das beginnt bei wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen, die nicht mehr



Philipp Christoph Schmädke

stattfinden – geht weiter über die fehlende gegenseitige Angleichung und Anerkennung von Bildungsabschlüssen – bis hin zu den privaten persönlichen Kontakten, über die nun fortwährend das Damoklesschwert staatlicher Sanktion und Bestrafung steht. Gleichzeitig hat dieses Fehlen jedweder internationaler Kooperation fatale Folgen für die russische Gesellschaft selbst, als sich diese zwangsläufig in die Sackgasse einer selbstgewählten Degeneration ihrer eigenen Menschen und Potentiale begibt und vieles von dem zerstört, was nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den letzten über drei Jahrzehnten mühsam aufgebaut wurde.

Siehe zu diesem Thema auch das Interview mit Philipp Schmädke auf dem Portal te.ma: <https://te.ma/art/80m4kq/schmaedeke-zivilgesellschaft-russland-ukraine-belarus/>



Philipp Christoph Schmädke ist Vorstandsvorsitzender des Akademischen Netzwerks Osteuropa, akno e.V. Er ist zudem Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Hochschule Kufstein sowie bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Von 2004–2007 war er Dozent an der Pädagogischen Universität in Rostow am Don/ Russische Föderation. Seine Forschungsschwerpunkte sind Transformationsforschung, Demokratietheorie und politische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts.

Akademisches Netzwerk Osteuropa (akno e.V.)



Akno etabliert eine langfristige, internationale Zusammenarbeit mit einem Fokus auf Studierenden und Akademiker*innen aus postsowjetischen Ländern, die Repressionen erlitten haben oder verfolgt wurden. Gemeinsam mit nationalen und europäischen Partner*innen etabliert akno Strukturen und technische Lösungen für ein effektives Unterstützungsnetzwerk diese Personen. Unter dem Dach von akno fungiert das mit Projekt- und Fördermitteln des Auswärtigen Amtes und weiterer Stiftungen finanzierte SCIENCE AT RISK Emergency Office, durch das allein 2023 über 550 durch Krieg und Repression gefährdete Akademiker*innen aus Belarus, der Ukraine und Russland finanziell unterstützt werden konnten.



<https://akno.network/>



<https://science-at-risk.org/de/>



Veranstaltungsberichte

Die Blockade des Lachin-Korridors und der aktuelle Stand der armenisch-aserbaidshanischen Beziehungen Die Lage in Bergkarabach

Bericht: Ella Tschitschigin

Lange befand sich Bergkarabach im Zentrum eines ungelösten Territorialstreits zwischen Aserbaidshan und Armenien. Am 19. und 20. September 2023 startete Aserbaidshan eine groß angelegte Militäroffensive gegen die selbst erklärte Republik Artsach. Der ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs bezeichnete die durch die Blockade des Lachin-Korridors ausgelöste akute humanitäre Krise als „Völkermord durch Verhungern“. Die Bevölkerung in Bergkarabach stand vor der Entscheidung zwischen Flucht und Vertreibung. Darüber hinaus befürchteten armenische und ausländische Beobachter*innen, dass Aserbaidshan armenisches Staatsgebiet angreifen könnte, um einen Verbindungskorridor zur aserbaidshanisch besiedelten autonomen Republik Nachitschewan zu schaffen.

Die DGO widmete den Ereignissen in der Region unmittelbar vor und während der Kriegshandlungen zwei

Veranstaltungen. Bereits vor dem Einmarsch der aserbaidshanischen Truppen in Bergkarabach war in Kooperation mit der DGAP ein Podium angesetzt worden, um die Motive und Strategien Aserbaidshans zu beleuchten, die Reaktion der Armenier*innen in Karabach zu verstehen und die Politik der regionalen Mächte Russland, Türkei und Iran zu analysieren. Darüber diskutierten Thomas DE WAAL (Carnegie Europe), die unabhängige Journalistin Silvia STÖBER und Stefan MEISTER (DGAP).

**Podiumsdiskussion und Webinar
12. September 2023,
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik (DGAP)
und 27. September 2023, online**

**In Kooperation mit der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige
Politik und Europe Calling**

Um die weiteren Ereignisse einzuordnen und zu analysieren fand nach dem aserbaidshanischen Einmarsch in Bergkarabach ein kurzfristig angesetztes Webinar in Kooperation mit Europe Calling e.V. statt. Im Mittelpunkt standen die Lage vor Ort und mögliche Hilfeleistungen. Zu Gast waren erneut Thomas de Waal sowie Narek SUKIASYAN von der American University of Armenia und der Yerevan State University, Shushanik

NERSEYAN von der tschechischen Hilfsorganisation „People in Need“ in Armenien und Robin WAGENER, Koordinator der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem Südkaukasus.

BERGKARABACH: DIE HUMANITÄRE KATASTROPHE

Bereits die Teilnehmer*innen des ersten Podiums wiesen auf die prekäre Situation in Bergkarabach hin. Stöber berichtete über die dramatische Knappheit von Strom, Gas und Wasser. Auch die Anwesenheit russischer „Peacekeeper“ vor Ort habe kaum Einfluss auf die Lage. Die Situation nach der Militäroffensive, so Nerseyan im Webinar, war aber noch deutlich prekärer. Er berichtete von den Zuständen in Goris, der ersten Anlaufstelle für Geflüchtete aus Bergkarabach. Hing schon vor der Offensive das tägliche Überleben von den letzten verbliebenen Vorräten ab, so hatte sich die Situation innerhalb weniger Tage noch einmal massiv verschlechtert: Menschen kamen ohne Essen und Besitz, zutiefst gebrochen, da sie ihre Heimat verlassen mussten. Die Anreise nach Goris allein dauerte über 24 Stunden. Bei ihrer Ankunft wurden sie von örtlichen Behörden registriert, um sie anschließend in Armenien zu verteilen. Wie es dann weitergehen würde, wisse niemand, betonte Nerseyan.

DIE WURZELN DES BERGKARABACH-KONFLIKTS

De Waal lieferte an beiden Abenden wichtige Hintergrundanalysen zum Konflikt um Bergkarabach. Es handele sich um einen langwierigen Konflikt, der seit den 1980er Jahren immer wieder entflammt sei. Der Krieg im Jahr 2020 habe schließlich verdeutlicht, dass es keine Zukunft für Armenier*innen in Bergkarabach geben würde.

De Waal, Meister und Stöber waren sich weitgehend einig darin, dass es auf beiden Seiten zu ethnischen Säuberungen gekommen sei. Moderator Volker WEICHSEL von der Zeitschrift OSTEUROPA fragte daraufhin, ob es überhaupt möglich sei, den Zyklus aus Konflikten und ethnischen Säuberungen zu durchbrechen. De Waal bewertete es als problematisch, dass die Autonomie Bergkarabachs nicht zur Debatte gestanden habe. Es habe kaum Diskussionen über die Schaffung eines autonomen Staates gegeben, obwohl dies angesichts der zunehmend prekären Lage der Bewohner*innen dringlich gewesen sei. Seine Prognose, dass es keine Zukunft für Arme-

nier*innen in Bergkarabach geben werde, sollte sich wenige Tage später bewahrheiten. Die Unzufriedenheit und die Frustration über den Verlauf der Ereignisse würde sich in Armenien jedoch nicht nur gegen Premierminister Nikol Pashinyan richten, sondern auch gegen Russland, von dem man sich verraten fühle. Auch die Türkei habe die Wahl gehabt und sich für Russland und Baku entschieden.

DIE ROLLE RUSSLANDS

Noch vor der Militäroffensive wurden die russischen Friedenstruppen von vielen in Bergkarabach trotz Bedenken als Sicherheitsmaßnahme und stabilisierende Kraft wahrgenommen. Auf die Frage, warum Russland nicht mehr unternommen habe, um Armenien noch vor der Militäroffensive zu unterstützen, verwies Meister auf einen Wandel der russischen Interessen seit 2022. Russland habe bis dahin Truppen in Aserbaidshan, Armenien und Südossetien stationiert; seit 2022 liege der militärische Fokus aber primär auf der Ukraine. Zudem sei Russland auf die Unterstützung der Türkei angewiesen, insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Kooperation. Aufgrund der Partnerschaft zwischen der Türkei und Aserbaidshan habe das Regime in Moskau also gezögert, Armenien weiterhin zu unterstützen. Trotz der Bemühungen des armenischen Premierministers seit der Samtenen Revolution, Distanz zu Moskau zu wahren, habe Russland aber insgesamt sein wirtschaftliches Engagement in Zentralasien und im Südkaukasus verstärkt, da der Handel in diesen Regionen zunehmend an Bedeutung gewinne. Auch das Interesse der EU und der USA an der Region wachse stetig.

Mit der Militäroffensive Aserbaidshans habe sich die Lage nun allerdings grundlegend verändert, da die russischen Friedenstruppen nichts dagegen unternommen hätten. De Waal äußerte die Vermutung, dass Russland geheime Verhandlungen mit Baku geführt und zugestimmt habe, sich nach dem Angriff zurückzuhalten. Russland habe die Operation nicht einmal verurteilt, eine Tatsache, die einen deutlichen Bruch in den bisherigen politischen Allianzen zeige und weitreichende Auswirkungen auf die Dynamik in der Region habe.

DIE FRAGE DER VERANTWORTUNG

Ähnlich wie De Waal verwies auch Meister auf die Komplexität des Konfliktes. Es sei schwierig, eine externe Partei auszumachen, die die Macht habe, den Konflikt zu

beeinflussen oder gar zu beenden. Zu viele internationale Akteure seien involviert. Stöber verwies auf die türkische Politik in der Region sowie auf mögliche Auswirkungen des Konflikts an der armenisch-iranischen Grenze.

Auf die Frage nach der Rolle Deutschlands hob Wagener hervor, dass Deutschland auf Diplomatie setzte, um die Situation in Bergkarabach zu beeinflussen. Er verwies auf die gebrochenen Zusagen der Regierung in Baku und auf die humanitäre Notlage, die durch die Militäroffensive noch einmal verschärft wurde. Wagener betonte die Wichtigkeit von Friedensverhandlungen und einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Armenien und Deutschland, um die Situation vor Ort zu verbessern.

Sukiasyan betonte in diesem Zusammenhang, man müsse die Kompromisse, die mit Aserbaidschan eingegangen wurden, nach 30 Jahren als gescheitert ansehen. Dies sei bereits von Expert*innen prognostiziert worden, ohne dass man die Warnungen ernst genommen habe. Wirkliche Konsequenzen habe man aus den Ereignissen aber nicht gezogen, so Sukiasyan. Die USA und die EU hätten lediglich erklärt, den Angriff nicht tolerieren zu können, ohne dabei Druck auf Aserbaidschan auszuüben. Der Westen habe keine Versuche unternommen, Aserbaidschan zurückzuhalten.

ANGST VOR WEITEREM MACHTSTREBEN ASERBAIDSCHANS

Sukiasyan verwies außerdem darauf, dass Aserbaidschan weiterhin den Landkorridor nach Nacht-

schewan fordere, der durch Armenien verläuft. Er warnte davor, dass dies ohne wirtschaftlichen Druck, z. B. durch Sanktionen, zu weiteren militärischen Aktionen Aserbaidschans führen könnte, an deren Ende die Auslöschung eines ganzen Volkes stehen könnte. Sukiasyan zog dabei Parallelen zur Situation in der Ukraine. In Aserbaidschan seien schon seit langem Vorbereitungen für einen Krieg getroffen worden – auch rhetorisch, wie die Verwendung des Begriffs „West-Aserbaidschan“ anstelle von Armenien im aserbaidschanischen Fernsehen gezeigt habe.

Auch Meister hatte bereits betont, dass die Blockade des Lachin-Korridors die „territoriale Integrität Armeniens im Allgemeinen“ betreffe. Vor dem Krieg im Jahr 2020 habe es in Aserbaidschan eine innenpolitische Krise gegeben, der Krieg habe aber zu einer Zunahme der politischen Unterstützung und des Patriotismus sowie einer nationalen Mobilisierung geführt. Zusätzlich werde der demokratische Wandel in Armenien als Bedrohung für die autoritäre Führung in Aserbaidschan betrachtet. Allerdings sehe Aserbaidschan auch Russland kritisch, obwohl beide Länder autoritäre Regime seien.

Das Webinar zur Lage in Bergkarabach wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen:
<https://www.youtube.com/watch?v=5p1kuH-2xcl>



Dialog im Krieg | Krieg im Dialog. Belarus. Stimmen, Gedächtnis – die Zukunft

Bericht: Ella Tschitschigin

»Man muss vor allem den Schleier der Fremdheit zerreißen, der Weißrussland umgibt. Wir sind ja für die Welt eine Terra incognita, ein unbekanntes, unerforschtes Land. Von Tschernobyl wissen alle, aber nur in Verbindung mit der Ukraine und mit Russland.« Mit diesen eindringlichen Worten der Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch aus ihrem Werk „Tschernobyl“ eröffnete Initiator Thomas MARTIN den dritten Abend der Veranstaltungsreihe „Dialog im Krieg – Krieg im Dialog“. Über die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf Belarus diskutierte Manfred SAPPER, Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA mit den Politikwissenschaftler*innen Astrid SAHM und Artyom SHRAIBMAN.

Zu Beginn standen die landesweiten Proteste gegen die umstrittene Präsidentschaftswahl von 2020 im Mittelpunkt. Sahm identifizierte verschiedene Gründe, die für das Scheitern der Revolution ausschlaggebend gewesen seien. So habe sich die staatliche Elite nicht auf die Seite der Demonstrant*innen gestellt oder die Proteste in irgendeiner Art

und Weise unterstützt. Im Gegenteil – mit anhaltender Unterstützung und Hilfe aus Russland versuchte die Elite, die eigene Position zu sichern, was zu einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen dem russischen Präsidenten Putin und der belarusischen Führungselite führte. Darüber hinaus, so Sahm, seien veraltete Institutionen sowie die mangelhafte Organisation der Opposition, die zum Teil auf die jahrelange Unterdrückung durch das Regime zurückzuführen sei, für ein Scheitern der Proteste verantwortlich gewesen.

Auf die Frage nach der anhaltenden Regimestabilität in Belarus beschrieb Shraibman, wie sich das Regime die Loyalität und Unterstützung ausgewählter Personen sichert. Dies geschehe einerseits durch Belohnungen

für loyale Verhaltensweisen, andererseits aber auch durch die Unterdrückung von Opposition und Dissens. Sahm verwies zudem auf die Beständigkeit der belarusischen Institutionen seit den 1990er Jahren. Dies habe nur begrenzten Raum für Modernisierung und Entwicklung gelassen. Der entscheidende Faktor sei

Podiumsdiskussion
20. September 2023,
St. Matthäus-Kirche Berlin

In Kooperation mit der St. Matthäus Stiftung und Modell Berlin

aber Lukaschenka selbst. Dieser habe in der Vergangenheit bewiesen, dass er in der Lage sei, wirtschaftliche Krisen zu bewältigen und sich so insbesondere in der Transformationsphase der frühen 1990er hervorzuheben.

Sahm verwies noch einmal auf die belarusischen Eliten. Diese hätten ihre Ausbildung hauptsächlich in der Sowjetunion oder in Belarus erhalten und beherrschten daher oft nur Russisch und Belarusisch. Eine Veränderung des politischen Systems, wie sie insbesondere durch eine Annäherung an den Westen zustande kommen könnte, berge daher für diese Gruppe das Risiko, ihre Karriereaussichten zu gefährden.

DIE BELARUSISCHE WIRTSCHAFT IM SCHATTEN DES KRIEGES

Trotz der Kritik an den Wahlfälschungen blieben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Belarus nach 2020 weitgehend bestehen. Shraibman erklärte, dass die anfänglichen Sanktionen nur geringfügige Auswirkungen auf das Land gehabt hätten und erst Mitte 2021 ernsthafte Sanktionen folgten. Dabei erhole sich die belarusische Wirtschaft schneller als zunächst erwartet. Der Grund hierfür liege darin, dass der belarusische Markt stärker an den russischen angehängt wurde. Russland unterstütze Belarus wirtschaftlich, im Gegenzug seien belarusische Waren für Russland zu günstigen Konditionen verfügbar. Dies habe beispielsweise zu einer erhöhten Nachfrage Russlands nach belarusischen Autos, aber auch nach Uniformen geführt und mildere gleichzeitig die Ängste der belarusischen Bürger*innen vor einer möglichen Rezession. Die Sanktionen hätten sich daher als weniger effektiv als erwartet erwiesen, auch aufgrund der Erschließung neuer Märkte in Ländern wie China und Afrika. Außerdem verfüge der belarusische Staatsapparat über umfangreiche Erfahrung in der Steuerung der Zentralwirtschaft.

Dennoch bleibe die Sorge um den Verlust des Status Quo in der Bevölkerung bestehen, so Schraibman. Der Krieg gegen die Ukraine brachte Belarus in eine schwierige Situation, da zuvor sowohl Russland als auch die Ukraine enge Nachbarn und Verbündete waren. Noch vor dem Krieg habe sich die Bevölkerung gleichzeitig gen Westen und in Richtung Russlands orientiert; nun sei der Wunsch nach einer Annäherung an die EU stärker, während das Land selbst immer abhän-

giger von Russland wird. Viele junge Menschen haben Belarus daher verlassen, was eine Modernisierung erschwert, ganz zu schweigen von den Herausforderungen, die dies für das Rentensystem mit sich bringt.

DIE ANGST VOR DER VERHAFTUNG

In den letzten drei Jahren habe sich die Situation in Belarus stetig verschlechtert, bemerkte Shraibman. Dies habe auch mit einer verschärften Gesetzgebung zu tun. Jedes Mal, wenn er ein Interview über sein Heimatland gebe, verstoße er gegen das Gesetz. Sogar der Konsum ausländischer Medien über einen Telegram-Account kann zu einer Gefängnisstrafe führen. Die Menschen in Belarus fürchteten sich mittlerweile sogar, oppositionelle Nachrichten zu lesen oder auf externe Informationen zuzugreifen, denn die Angst vor einer Verhaftung sei groß. Jeden Tag verliere jemand im Gefängnis oder in einer der vielen Strafkolonien sein Leben. Führende Persönlichkeiten ehemaliger Freiheitsorganisationen dürften oft keinen Kontakt mehr zu ihren Familien pflegen, und einige Familien wissen nicht einmal mehr, ob ihre Angehörigen noch leben. Das plötzliche und rätselhafte Verschwinden von Maria Kalesnikova sei nur eines von vielen Beispielen. Glück in der heutigen belarusischen Realität sei es bereits, keine langjährige Haftstrafe zu erhalten, so der Politikwissenschaftler.

Sahm verwies eindringlich auf die Gefahr, dass die Aufmerksamkeit für die Situation in Belarus in Deutschland und im Westen insgesamt immer weiter abnehmen könnte. Belarus werde häufig als ‚Ko-Aggressor‘ im Ukraine-Konflikt angesehen, was dazu führe, dass der Fokus sich verschiebe. Gleichzeitig wies Sahm darauf hin, dass eine erhöhte Sichtbarkeit nicht zwangsläufig mehr Schutz für die belarusische Bevölkerung und die unschuldig Inhaftierten bedeute, sondern oftmals andere Gefahren mit sich bringe.

In diesem Zusammenhang berichtete Shraibman, dass Briefe an belarusische Repräsentant*innen und Institutionen mit der Forderung nach Freilassung politischer Gefangener und eine internationale Aufmerksamkeit durchaus Auswirkungen hätten – allerdings nicht immer im positiven Sinne. Das Regime reagiere auf diese Briefe und eine zunehmende Aufmerksamkeit oft mit einer Verschärfung der Repressionen im Land, was unter anderem zu verstärkter Folter im Gefängnis führen kann. Shraibman vertrat die Ansicht, dass

Briefe und internationale Bemühungen nur dann wirklich helfen können, wenn Minsk bereit ist, in einen Dialog einzutreten und Veränderungen zuzulassen.

DIE ROLLE DER DIASPORA

Die belarusische Diaspora umfasst weltweit etwa 300.000 bis 500.000 Belarus*innen, von insgesamt rund 9 Millionen Staatsbürger*innen. Shraibman zufolge ist das erste Anlaufziel für die Diaspora Polen, gefolgt von Litauen, Georgien, der Ukraine, Russland und Deutschland. Die Diaspora erfülle eine wichtige Rolle, indem sie Gedanken und Informationen verbreite, die in Belarus selbst oft nicht ausgesprochen, im Land aber durchaus gelesen werden können. Diese Aktivitäten schafften teilweise auch mehr Aufmerksamkeit für die Situation im Land, was von keiner oppositionellen Diaspora in vergleichbarem Maße geleistet werde.

Sahm teilte die Ansicht, dass die Aufmerksamkeit für Belarus im Westen wichtig sei. Allerdings gebe es in der belarusischen Diaspora nach wie vor keine klare politische Strategie. Besorgniserregend sei, dass die belarusischen Botschaften heute nicht einmal mehr Pässe ausstellen dürfen, was dazu führt, dass viele Belarus*innen gezwungen werden, nach Belarus zu reisen, um neue Dokumente zu erhalten. Nicht zuletzt habe der Mangel an grundlegenden Dokumenten wie Pässen schwerwiegende Konsequenzen für die Menschen und ihre Freiheit.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: <https://www.youtube.com/watch?v=OwIBJIVDodI>



Russland. Gesellschaft und Staat in Zeiten des Krieges

Bericht: Ella Tschitschigin

Seit 2014 führt Russland einen verdeckten, seit 2022 einen offenen Krieg gegen die Ukraine. Trotz massiver Verluste unterstützen weite Teile der Gesellschaft in Russland diesen Krieg und das Putin-Regime. Wie ist das zu erklären? Der Zusammenbruch der kommunistischen Parteierrschaft in Osteuropa hat vor mehr als 30 Jahren demonstriert, dass die Stabilität autoritärer Herrschaft nicht grenzenlos ist, Moral und Recht plötzlich Kraft entfalten und Dissident*innen der Geschichte eine Wendung zu geben vermögen. Dazu bedarf es spezifischer Konstellationen.

In der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften diskutierten der Soziologe Lev GUDKOV, die Völkerrechtlerin und Mitherausgeberin der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht, Caroline VON GALL, und der Historiker und Publizist Karl SCHLÖGEL über die Sowjetunion und die Bedeutung des sowjetischen Erbes für das heutige Russland

Podiumsdiskussion
24. Oktober 2023, Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

In Kooperation mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Sacharow-Gesellschaft

sowie über die Quellen und Grenzen der Macht des Putin-Systems. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob der Krieg gegen die Ukraine zur Militarisierung und Konsolidierung der russländischen Gesellschaft führt oder als Katalysator für Fragmentierung und zentrifugale Tendenzen in der Russländischen Föderation wirkt.

RUSSLANDS WEG VON AUTORITÄRER KONSOLIDIERUNG ZUM KRIEGSREGIME

Gudkov erörtere zunächst die Erosion des Sowjetregimes. So seien erste gesellschaftliche Konflikte bereits während der Herrschaft Breschnews aufgetreten, während die Perestroika-Ära schließlich zum Kollaps des Systems

geführt habe. Ein Schlüsselement sei dabei das „Verschwinden des sowjetischen Menschen“ gewesen. In diesem Prozess habe es eine bemerkenswerte Wechselbeziehung zwischen der gebildeten jungen



v.l.n.r.: Karl Schlögel, Manfred Sapper, Lev Gudkov, Caroline von Gall

Generation und älteren Menschen gegeben, die noch stark von sowjetischen Ideen geprägt waren. In dieser Verbindung habe sich die komplexe Realität des Transformationsprozesses in Russland widergespiegelt.

Im Jahr 1996, so Gudkov, sei ihm erstmals bewusst geworden, dass das alte Regime sich durchaus reproduzieren könnte. Innerhalb der Bevölkerung habe es ein ausgeprägtes Verlangen nach autoritärer Führung gegeben. Nach der Jahrtausendwende habe das Regime dann sukzessive versucht, Demokratie und Menschenrechte zu eliminieren. Gleichzeitig hätten die russischen Medien diskreditierende Propaganda über jene Länder verbreitet, die sich der EU anschließen wollten, wie die baltischen Staaten, Georgien und die Ukraine. Doch erst der erste große Protest auf dem Maidan 2004 habe zu einer ernsthaften anti-ukrainischen Stimmung in Russland geführt. Erste Anzeichen eines Totalitarismus traten Gudkov zufolge dann in den offensichtlichen Wahlfälschungen und dem Ausschluss bestimmter Kandidat*innen zu den Präsidentschaftswahlen auf. Insgesamt identifizierte Gudkov drei Grundlagen der russischen Politik: das Narrativ Russlands als Großmacht und Verfechter traditioneller Werte sowie eine neue Militärdoktrin.

Von Gall betonte, dass ein genauere Blick auf die 90er Jahre, insbesondere auf die Verfassungskrise von 1993, notwendig sei, um die anschließenden Entwicklungen

zu verstehen. In dieser Zeit hätten sich in Russland viele klar für Menschenrechte, Demokratie und Völkerrecht ausgesprochen und auf die Mitgliedschaft im Europarat gedrängt – auch wenn es in dieser Phase durchaus Verletzungen von Grundrechten gab. So hätten beispielsweise Sicherheitsdienste Sonderrechte außerhalb des Rechtsstaats gehabt. Die russische Führung habe gleichzeitig behauptet, Menschenrechte würden dazu genutzt, um Russland zu schwächen.

KONTINUITÄT DES GEWALTAPPARATES

Schlögel verwies auf die Kontinuität des Gewaltapparats in Russland und betonte die Unmöglichkeit, diesem etwas entgegenzusetzen. Er selbst sei erst nach den Ereignissen auf dem Maidan im Winter 2013/14 zu dieser Erkenntnis gelangt. Zuvor habe er optimistisch angenommen, dass die korrupten Elemente des sowjetischen Erbes durch die Kraft der Gesellschaft normalisiert werden könnten. Besonders habe ihn die gesellschaftliche Mobilisierung durch die Annexion der Krim erstaunt. Diese durch die Massenmedien unterstützte Mobilisierung habe eine signifikant neue Dimension. Schlögel wies darauf hin, dass es sich heute in Russland nicht einfach um Neo-Totalitarismus handle. In diesem Zusammenhang warf der Moderator Manfred SAPPER von der Zeitschrift OSTEUROPA den Begriff des elektoralen Autoritarismus ein, bei

dem der Führer der Nation, Putin, die vermeintliche Verkörperung einer öffentlichen Meinung und des Wunsches nach Stabilität, Größe und Führung sei.

RUSSLANDS KRIEGE

Schon seit vielen Jahrzehnten sei Russland immer wieder an Kriegen beteiligt. Das ganze Land sehe sich fortwährend mit der Herausforderung konfrontiert, sich an neue Konstellationen anpassen zu müssen, schilderte Gudkov. Sowohl im Tschetschenien-Krieg als auch bei den Invasionen in Südossetien (Georgien) und Syrien sowie der Annexion der Krim und dem Angriff auf die Ukraine – jedes Mal musste die Zustimmung der Bevölkerung erzwungen werden, so Gudkov. Er führte weiter aus, dass die „Bedeutung des Westens“ und die aufgeheizte Stimmung durch Propaganda dabei eine zentrale Rolle spielten. Gemäß Umfragen des Levada-Zentrums erwarteten bereits 2017 viele russische Bürger einen Dritten Weltkrieg. Als die Invasion 2022 begann, gaben 70% der Befragten an, erleichtert zu sein, weil sie glaubten, endlich den Faschismus bekämpfen und die Menschen in der Ukraine befreien zu können. Unter diesem Vorwand schuf das Regime eine humanitär-rechtliche Grundlage für den Krieg. Gudkov erläuterte, dass der Diskurs über Faschismus im Zusammenhang mit der öffentlichen Rechtfertigung militärischer Interventionen in Russland immer wieder auftauche, da Feinde der Sowjetunion stets als Faschisten betrachtet wurden. Dennoch führe Russland natürlich keinen Krieg mehr gegen den Faschismus, sondern gegen den „kollektiven Westen“, der sich angeblich gegen Russland stelle. Die Ukraine diene mittlerweile nur als Schauplatz für diese Auseinandersetzung. Gudkov argumentierte, dass in der Bevölkerung eine verzerrte Wahrnehmung existiere, eine Ansicht, die auch von Gall teilte. Sie betonte, dass es 1993 keinen Bruch in den russischen Institutionen gegeben habe und dass diese lediglich dem Regime zur Rechtfertigung dienten.

AUSWIRKUNGEN DES ANGRIFFSKRIEGES

Die tiefgreifenden Auswirkungen des Krieges prägen laut Einschätzung Gudkovs und des Levada-Zentrums die Menschen in Russland. Die Wahrnehmung des Krieges sei aber einseitig, da man es weiterhin mit einer

strikten Zensur zu tun habe. Informationen ausländischer Medien über den Krieg würden in den russischen Medien kaum aufgegriffen und lediglich 6–7% der Bevölkerung hätten zu Beginn des vollumfänglichen Angriffs die Möglichkeit gehabt, die Zensur zu umgehen. Diese Zahl sei seit Beginn des Krieges auf 22% gestiegen, vor allem weil sich mehr Menschen mit den Mechanismen von Youtube vertraut machen konnten.

Zum Abschluss erörterte Gudkov die wirtschaftliche Entwicklung in Russland. Diese werde vom Krieg nicht wesentlich beeinträchtigt. Die gestiegenen Ölpreise hätten gar zu einem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen. Die Zahlungen an die Soldaten seien allerdings beträchtlich, besonders in den Provinzen. Insgesamt seien die Pro-Kopf-Einnahmen dort durch den Sold um 20% gestiegen. Doch dies wirke sich nicht unbedingt auf die Unterstützung für den Krieg aus. Laut Levada-Umfragen unterstützten lediglich 17% den Krieg, während 55% ein Ende der kriegerischen Handlungen wünschten. Der Großteil der Bevölkerung strebe eine Beendigung an, so Gudkov. Trotzdem habe sich Russland außer einem Gefangenenaustausch zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit erklärt und beabsichtige weiterhin, die okkupierten Regionen zu behalten. Gudkov prophezeite einen Abnutzungskrieg und warnte vor einer politischen Krise im Falle einer Niederlage. Daher sei Russland bereit, den Krieg fortzusetzen. Schlögel stimmte dem zu und betonte, dass Putin alles tun würde, um die Ukraine zu zerstören. Negative Äußerungen über den Krieg gelangten schnell zu den entsprechenden Behörden und die Gefahr, willkürlich und ohne rechtlichen Beistand verhaftet zu werden, sei groß. Nicht grundlos versuchten viele Menschen teilweise zu Fuß über die georgischen oder kasachischen Grenzen zu fliehen.

Die Veranstaltung war Teil des vom Auswärtigen Amt unterstützten Projekts „Wege zur Aufarbeitung von Krieg und Diktatur“ der Deutschen Sacharow Gesellschaft.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: <https://www.youtube.com/watch?v=9GnGGCG0las>



Politikum Baltikum. Die neue Rolle von Estland, Lettland und Litauen

Bericht: Ella Tschitschigin

Spätestens seit der Ausweitung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 sind auch die baltischen Staaten verstärkt in den Mittelpunkt des außen- und sicherheitspolitischen Interesses in Europa gerückt. Das politische Gewicht der Regierungen in Riga, Tallinn und Vilnius hat deutlich zugenommen. In einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Zeitschrift OST-WEST – Europäische Perspektiven, dem Osteuropa-Hilfswerk Renovabis und der Katholischen Akademie in Berlin standen die sicherheitspolitische Situation in Europa aus der Perspektive Estlands, Lettlands und Litauens und die Sicht der baltischen Staaten auf die Zukunft des Kontinents im Fokus. Die Chefredakteurin der Zeitschrift „Ost-West. Europäische Perspektiven“, Gemma PÖRZGEN diskutierte darüber mit der Botschafterin der Republik Lettland in Berlin, Alda VANAGA, der estnischen Journalistin Maris HELLRAND, dem litauischen Politikwissenschaftler Vytautas JANKAUSKAS von der Ludwig-Maximilians-Universität München

und dem Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Baltischen Staaten, Reinhard KRUMM.

DIE (ALTE) NEUE ROLLE DER BALTISCHEN STAATEN

Podiumsdiskussion
25. Oktober 2023, Katholische Akademie Berlin

In Kooperation mit der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven, Renovabis und der Katholischen Akademie Berlin

Die lettische Botschafterin Vanaga konstatiert seit dem vollumfänglichen russischen Krieg gegen die Ukraine auch in Deutschland eine zunehmende Aufmerksamkeit für das Baltikum. Hellrand illustrierte dies anhand der ständig wachsenden Warteliste ausländischer Journalist*innen für ein Treffen mit der estnischen Premierministerin. Jankauskas unterstrich die Wichtigkeit, Deutschland zu erklären, warum die baltische Region von Relevanz sei. Die Rolle der baltischen Staaten in Europa werde

durch die russische Herausforderung der europäischen Sicherheitsordnung nicht neu definiert, allerdings sende man dieser nun mehr Aufmerksamkeit. Bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion hätten sich die

baltischen Staaten in der Rolle der Aufklärer*innen über die sicherheitspolitischen Gefahren gesehen, die von Russland ausgehen. Dabei sei ihnen paradoxerweise vorgeworfen worden zu stark auf Russland fixiert zu sein. Hellrand warf ein, dass selbst Finnland die Sicherheitsbedenken Estlands nicht ernst genommen habe.

In diesem Zusammenhang erläuterte Krumm, dass Deutschland im Baltikum durchaus kritisch wahrgenommen werde. Obwohl Deutschland bereit sei, die baltischen Staaten zu unterstützen, erwarteten diese, in ihren Sicherheitsbedenken mehr gehört zu werden. Krumm verwies darauf, dass Deutschlands Geschichte mit der Sowjetunion eine andere sei als die der baltischen Staaten. Im Gegensatz zu Deutschland hätte man im Baltikum stets das Kriegsszenario als worst-case im Blick gehabt.

UNTERSCHIEDLICHE PERSPEKTIVEN AUF RUSSLAND

Auf die Frage, wie Schwellenländer des globalen Südens, auf die Situation in Europa und spezifisch im Baltikum blickten, erklärte Botschafterin Vanaga, dass die Sicht auf den Krieg dort oftmals eine andere sei. Als Beispiel führte sie Brasilien an, wo sie selbst auch als Vertreterin Lettlands tätig sei. Die Stimmen der baltischen und anderer europäischer Staaten fehlten in den dortigen Debatten. Die Folgen des russischen Angriffskriegs gingen längst über Europa hinaus. Russland pflege schon lange Kontakte zu Ländern wie China und denen des globalen Südens und dominiere hier das Narrativ. Jankauskas berichtete von der großen sicherheitspolitischen Herausforderung, die Russland an den Grenzen der baltischen Staaten darstelle. Auch wenn sich die Stimmung in Vilnius mittlerweile stabilisiert habe, sei diese im vergangenen Jahr doch sehr angespannt gewesen. Daher hätten die baltischen Staaten aus Sorge um ihre eigene Sicherheit so viel für die Ukraine gespendet. Vanaga verwies darauf, dass Russland die Grenzen mit den baltischen Staaten verletze und einen Hybridkrieg betreibe, insbesondere durch Cyber-Angriffe. Sie erwarte aber keinen direkten militärischen Angriff. Im Gegensatz zu Litauen, wo Jankauskas zufolge die Angst grassiert habe, westliche (Militär)bündnisse könnten bei einem russischen Angriff nicht ausreichen, sei man – so die Botschafterin – in Lettland der Ansicht, dass die Bündnisse mit NATO und EU auch nach 20 Jahren noch stabil seien und man sich aufeinander verlassen könne

Die größeren Herausforderungen seien, so Vanaga die räumliche Nähe des Krieges und der damit verbundene Flüchtlingsstrom sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges. Die Inflation liege im Baltikum aktuell bei 21–22%, in Deutschland hingegen nur bei 9–10%. Trotz dieser Herausforderungen unterstützten die Balten die Ukrainer*innen intensiver, während in Deutschland vermehrt die Sorge aufkomme, dass man sich den Urlaub nicht mehr leisten könne. Krumm verwies zudem darauf, dass man im Baltikum vermehrt von „unserem“ Krieg spreche, während es in Deutschland lediglich „ein“ Krieg sei.

DIE RUSSISCHEN MINDERHEITEN

Krumm lenkte den Blick auf die russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland. Diese Gruppe, die zusammen mit den Ukrainer*innen und Belarus*innen etwa 30% der Bevölkerung ausmache, sei keineswegs homogen. Die Bandbreite der Haltungen zu den baltischen Staaten sei äußerst vielfältig. In einer Umfrage zur Bereitschaft, wirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Unterstützung der Ukraine in Kauf zu nehmen, zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den ethnischen Est*innen und Lett*innen und den jeweiligen russischsprachigen Minderheiten. Etwa 80% der erstgenannten Gruppe hätten die Frage bejaht, während die Minderheiten seltener zustimmten. Krumm betonte, dass es viele Fragen gebe, mit denen man sich auseinandersetzen müsse, um die Minderheiten besser zu verstehen. So müsse man auch darüber nachdenken, was es für die russischsprachigen Minderheiten bedeute, wenn das Land, das ihnen kulturell nahestehe, einen Krieg beginne. Auch die Frage, wie diese auf verschiedene Maßnahmen der baltischen Staaten reagieren, die gegen Russland gerichtet sind, sei von Bedeutung. Und auch die Folgen einer Abwendung Russlands von Europa für die Identität der Minderheiten müsse man im Blick behalten.

Die Ergebnisse der Untersuchung, so Krumm weiter, verdeutlichten, dass ein beträchtlicher Teil der Minderheiten in Estland und Lettland inzwischen eine enge Verbindung zu den Staaten, in denen sie leben, gefunden hätten. Besonders die jüngere Generation richte ihren Blick vermehrt in Richtung Europäische Union. Hellrand schloss sich an und hob hervor, dass der 24. Februar des vergangenen Jahres ein Scheitelpunkt für die russischsprachige Minderheit gewesen

sei. Viele Menschen hätten erkennen müssen, dass es zahlreiche Risse innerhalb der eigenen Familien gibt.

MILITÄRISCHE PRÄSENZ IM BALTIKUM

Im Hinblick auf die veränderte militärische Sicherheitslage im Baltikum und die dortige NATO-Präsenz verwies Jankauskas auf die geplante dauerhafte Stationierung einer Kampfbrigade der Bundeswehr in Litauen. Eine der zentralen Fragen sei dabei, wie man die dortige Bevölkerung auf diese Präsenz vorbereiten könne. Die Ausgangslage sei aber positiv, denn 80% der Menschen dort seien der Meinung, dass ausländische Truppen in Litauen stationiert werden sollten. Die deutsche Präsenz in Litauen werde sich daher aller Voraussicht nach positiv auf die Haltung zu Deutschland auswirken. Auch in Lettland werde Deutschland als ein wichtiger europäischer Motor in Angelegenheiten der Verteidigung betrachtet, so Botschafterin Vanaga.

DER EINFLUSS RUSSISCHER PROPAGANDA

Abschließend ging es um die russische Propaganda im Baltikum sowie den Spagat zwischen deren Eindäm-

mung und der Gewährleistung von Meinungsfreiheit. Vanaga und Hellrand berichteten, dass Lettland bereits seit 2020 verstärkt gegen russische Propaganda vorgehe, ebenso wie Estland. Hellrand wies darauf hin, dass es sich dabei keinesfalls um ein Verbot russischer Sender handele, diese würden lediglich nicht mehr im öffentlichen Fernsehen ausgestrahlt. Dennoch könne jeder, der wolle, über das Internet darauf zugreifen

Krumm fügte hinzu, dass die russischsprachige Minderheit ohnehin kaum noch einem Medium vertraue und stattdessen Informationen aus dem Freundeskreis beziehe. Diese Thematik warf unter anderem die Frage auf, wie man zukünftig in Orten mit einer großen russischen Minderheit wie Narva oder Daugavpils vorgehen solle. Es sei schwierig, mit der Minderheit dort ins Gespräch zu kommen.

Weiterführende Lektüre: Die baltischen Staaten. Estland, Lettland, Litauen. OST-WEST. Europäische Perspektiven 3/2023 (<https://www.owep.de/ausgabe/owep-3-2023>)



(Re)Considering Violence: New Configurations of History, Memory, and the Present in Belarusian and Neighbouring Societies

Bericht: Nina Weller

Mitarbeit: Alesja Belanovich-Petz

Seit der gewaltsamen Niederschlagung der Massenproteste 2020 in Belarus und dem Großangriff Russlands auf die Ukraine unter Billigung des belarusischen Staats gehören Krieg, Gewaltverbrechen, Repressionen, Flucht und Verfolgung in einem seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa nie dagewesenen Ausmaß zur Alltagsrealität. Diese aktuell so brisante Gewaltthematik nahm die Konferenz „(Re)Considering Violence: New Configurations of History, Memory, and the Present in Belarusian and Neighbouring Societies“ zum Ausgangspunkt, um die historischen Wurzeln repressiver Regime und die Anwendung von Gewalt durch Staaten, Gemeinschaften oder Einzelpersonen in der Region als Ganzes zu diskutieren. Vom 9. bis 11. November kamen in Berlin zahlreiche Expert*innen aus den Bereichen Forschung, politischer Aktivismus und

historische Bildung aus Belarus, der Ukraine, Polen, Litauen, Belgien und Deutschland zusammen.

Konferenz
9. bis 11. November 2023,
Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, FernUniversität in Hagen, Campus Berlin

In Kooperation mit der FernUniversität Hagen, der Washington University in St. Louis und der Universität Bremen

Zur Auftaktdiskussion „Geteilte Erinnerung? Holocaustgedenken in Belarus und Deutschland“ am 9. November 2023 war die Kapelle der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche mit über 100 Gästen komplett gefüllt. Alexander FRIEDMAN, Anke HILBRENNER, Iryna KASHTALIAN und Adam KERPEL-FRONIUS diskutierten darüber, wie an diesem denkwürdigen Datum sowohl an die Prognomnacht 1938 in Deutschland als auch des systematischen Massenmords an europäischen und sowjetischen Jüdinnen und Juden in Belarus gedacht werden kann und welche Auswirkungen

die aktuelle Kriegs- und Repressionsgewalt in Belarus und der Ukraine auf das gesamteuropäische Gedenken an Holocaust und Zweiten Weltkrieg hat.



Aleksandr Łaniewski

In den nächsten zwei Tagen diskutierten fast 60 Teilnehmer*innen über die neuen Formen symbolischer und physischer Gewalt gegen belarusische Bürger*innen und über die Notwendigkeiten, aber auch Gefahren, die mit der gegenwärtig sich vollziehenden Neubewertung der Geschichte in politischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeiten einhergehen. Die Proteste von 2020, die staatliche Gewalt und Repressionen in Belarus stellen Wissenschaftler*innen vor neue Forschungsfragen: Was hat Hunderttausende von Belarus*innen motiviert, aus einem autoritären System auszubrechen und für einen demokratischen Wandel auf die Straßen zu gehen? Welche Rolle spielt in der Protestbewegung die Auseinandersetzung mit Gewalterfahrungen in der belarusischen Geschichte? Welche historischen Narrative zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges werden von der staatlichen Propaganda und den staatlichen Institutionen dafür benutzt, die Protestbewegung zu diffamieren? Und wie wirkt sich der russische Krieg gegen die Ukraine auf die internationalen wissenschaftlichen Netzwerke und die Beteiligung belarusischer Wissenschaftler*innen an ihnen aus? Die Erforschung und öffentliche Diskussion dieser neuen Themen sind in Belarus momentan nicht möglich. Desto wichtiger sind Konferenzen und Tagungen, die Raum für den vertraulichen interdisziplinären Austausch schaffen.

DIE FOLGEN DES RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEGS FÜR DIE AKADEMISCHE COMMUNITY

Felix ACKERMANN sprach zum Start des ersten Konferenztages mit Juliane FÜRST, Yevheniia SHYSHKINA und Iryna RAMANOVA über die Folgen des Kriegs für Zivilgesellschaft und akademische Community aus deutscher, ukrainischer und belarusischer Perspektive. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Forschung und Lehre weiterer institutioneller Umstrukturierung bedürfen, um den akademischen Diskurs in Richtung eines kritischen, gleichberechtigten Austausches zu verändern. Einig war man sich auch darin, dass persönliche Erfahrungen und emotionale Reaktionen auf die Ereignisse Teil des akademischen Diskurses sein sollten.

Das Panel „Protests, Violence and Resistance in Belarus“ beleuchtete in der Folge Formen und Alltagsproblematiken von Widerstands- und Protestbewegungen. Alena AHARLEYSHEVA wies in ihrer Untersuchung zu Formen weiblichen Aktivismus' darauf hin, dass sehr viele Frauen in Belarus und in der Ukraine ihr eigenes solidarisches und zivilgesellschaftlich Handeln in Zeiten von Krieg und Krise nicht als aktivistisch begreifen und daher kaum ressourcenbezogene Unterstützung einfordern. Aleksander ŁANIEWSKI stellte männlich

dominierte Widerstandsgruppen in Belarus, Russland, der Ukraine u.a. vor, die sich unter dem Schlagwort „anarchistische Rebellion“ auf Gewalt als begrenztes, aber legitimes Mittel im Kampf gegen (russischen) Imperialismus, (belarusische) Diktatur und Machtmissbrauch berufen. Ekaterina PIERSON-LYZHINA analysierte die Veränderungen in der Haltung belarusischer Oppositioneller im Exil und identifizierte als Grundkonflikte eine zunehmende Radikalisierung sowie die Kontroverse darum, wer überhaupt legitimiert ist, für Belarus zu sprechen. Hanna VASILEVICH lenkte den Blick auf die Selbstlegitimierungsstrategien der belarusischen Staatsmedien und stellte fest, dass der Einsatz einer Bild- und Textrhetorik zur propagandistischen Diffamierung von Regimegegnern als „depersonalized objects“ eine gängige Methoden ist.

Im Panel „New Technologies of Violence in Belarus“ wurden Technologien staatlicher Gewalt in Belarus seit 2020 aufgezeigt. Alena BASALAI führte aus, dass das Kind in Belarus de facto nicht als vollwertiges Rechtssubjekt behandelt wird, aber ausgerechnet der Vorwurf der „Unrechtbehandlung“ von Kindern staatlicherseits systematisch genutzt wird, um Kinder und Eltern gezielt zu repressieren. Das Vorgehen staatlicher Behörden einschließlich gezielter Ausübung von Gewalt insbesondere gegen Frauen, die dem

Regime suspekt sind, hat, wie Tatsiana CHULITSKAYA herausstellte, in Belarus eine ausgefeilte Systematik. Auch akustische Gewalt wird als repressives Druckmittel (z.B. Folter durch Lärm- oder Sprachbeschallung, Zuhörzwang, erzwungenes Sprechen, Singen oder Skandieren, Stille als Strafe etc.) eingesetzt, wie Pavel NIAKHAYEU darlegte. Im Anschluss erörterte Stsiapan ZAKHARKEVICH, in welchem Ausmaß der berühmterbüchtigte Paragraph 23.34 (Verstoß gegen öffentliche Ordnung und gegen Versammlungsverbot) als juristisch fragwürdiges Scharnier für Massenhaftungen dient und wie pragmatisch, solidarisch und resilient viele Inhaftierte dennoch mit den Haftbedingungen umgehen.

GEWALT IN LITERATUR UND HISTORISCHER BILDUNG

Im Panel „Literature About WWII: Constructing Memory“ wurden literarische Formen der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und der kritischen Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Kriegsmythos diskutiert, wobei in den Vorträgen von Jakob WUNDERWALD und Anton LIAVITSKI das Werk von Vasyl Bykaŭ im Vordergrund stand. Beide diskutierten die Spannung, die sich in Bykaŭs Werk dadurch auftut, dass er sich von der offiziellen Kriegsideologie distanzierte und deutlich

Kritik am Stalinismus übte, jedoch seine sozialistischen Ideale oder seinen Glauben an eine Teleologie der sowjetischen Gesellschaft nicht aufgab. Während Wunderwald in einem Bogen von Bykaŭ über Valjancin Akudovič bis Eva Viežnavieč die literarischen Umkehrungen von Helden- und Opfererzählungen untersuchte, verfolgte Liavitski Bykaŭs Kritik an ideologisch fehlgeleiteten Aneignungen der Kriegsheroisierung und seinem Plädoyer für einen adäquaten



Alesja Belanovich-Petz

moralischen Diskurs seitens der sowjetischen Intelligenzija nach.

Im Panel „The Aftermath of War and Violence: Trauma and Adaptation“ wurden die humanitären und psychologischen Folgen des anhaltenden Kriegs Russlands gegen die Ukraine zur Sprache gebracht. Imke HANSEN berichtete von ihrer traumapsychologischen Betreuungsarbeit in der Ukraine. Selbst wenn viele Ukrainer*innen durch Krisenerfahrungen eine gewisse Grundresilienz aufwiesen, habe die Traumatisierung durch den Krieg erhebliche gesellschaftliche Auswirkungen. Auch Natallia STANKEVICH sprach über die psychologischen Folgen des Kriegs. Sie nahm die Situation von Zwangsmigrant*innen, insbesondere die von ukrainischen und belarusischen (Binnen-) Flüchtlingen zwischen den Jahren 2020 und 2023 in den Blick und stellte Methoden für den Umgang mit emotionalen Burnouts, Anpassung nach erzwungener Migration u.a. vor. Olena KONDRATIUK analysierte die Verschiebungen in den ukrainisch-belarusischen Beziehungen insbesondere auf familiärer und privater Ebene und zeigte die eklatanten Folgen der humanitären Katastrophe in der ukrainischen Gesellschaft auf.

Das Panel „Redefining Agency Under Duress: Activism and History Education Under Pressure“ befasste sich mit den Herausforderungen an die historische Bildungsarbeit, wenn diese politischem Druck ausgesetzt ist oder vom Staat selbst instrumentalisiert wird. Ein Beispiel der staatlich ideologisierten Vereinnahmung der Geschichte stellt, wie Gundula POHL darlegte, der ambitionierte, vom Staat unterstützte Versuch der belarusischen Generalstaatsanwaltschaft dar, rückwirkend die Massenverbrechen der Deutschen an der belarusischen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkriegs



Alena Aharelysheva

als „Genozid am belarusischen Volk“ einzustufen und für die ihre politische Agenda zu nutzen. Wie Erinnerungsarbeit einerseits als Bildungsprojekt, aber andererseits auch gegen das staatliche Monopol auf Geschichtsdeutung gewendet werden kann, zeigte der Beitrag über ein Geschichtsprjekt über die Stadt Brest: In Form eines Audio-Guides vermittelt es über mündlich erzählte Geschichten von Bewohnerinnen der Stadt private, weibliche Perspektiven auf die Kriegsgeschichte von Brest, die im offiziellen Diskurs kaum vorkommen.

Im Panel „Forms of Repression and Resistance Strategies: Local Communities and Groups“ tauschten sich die Teilnehmer*innen über Widerstandsstrategien aus, die zwischen 2020 und 2022 im Zuge der Proteste gegen das Lukaschenka-Regime eingesetzt wurden. Alena HRYKEN erinnerte an die besondere Rolle des Minsker „Platz‘ der Veränderungen“. Sie argumentierte, dass die dort praktizierten Aktionen der kollektiven Solidarität und Fürsorge als Widerstand gegen gesellschaftliche Atomisierung und als Protest gegen staatliche Bevormundung verstanden werden können. Diese Sicht teilte auch Dzmitry KANAPLIANKIKAU. Er verdeutlichte am Beispiel eines Wohnblocks in Minsk, welche wichtige Rolle die lokalen Gemeinschaften in der Konfrontation mit totalitärer Gewalt spielen und über welche Strategien es ihnen während der Proteste gelang, temporäre Schutzräume zu schaffen.



v.l.n.r.: Felix Ackermann, Juliane Fürst, Iryna Ramanava, Yevheniia Shyshkina

als besonders
gewinnbringend
hervorgehoben.
Dass sowohl im Exil
wirkende belarusische
Wissenschaftler*innen als
auch Aktivist*innen und
Wissenschaftler*innen
beteiligt waren, die
weiterhin in Belarus
leben und arbeiten, ist
ein wichtiger Faktor
für den Kontakterhalt
und Austausch in den
politisch widrigen Zeiten.

Die Konferenz ist
das Ergebnis einer
Kooperation des

Dass auch die Universitäten von staatlich-repressiver
Zudringlichkeit nicht verschont blieben, legte
Aliaksandr PARSHANKOŪ am Fall der historischen
Fakultät der Belarusischen Staatlichen Universität
dar, wo überproportional viele Historiker*innen aus
politischen Gründen unter Druck gesetzt wurden, ihre
Arbeitsstellen verloren und ins Exil getrieben wurden.

Unter dem Titel "Rewriting History, Rewriting Memory"
diskutierten zum Abschluss der Konferenz Valer
BULHAKAU, Aliaksei LASTOUSKI, und Yurii LATYSH
über die gegenwärtigen Formen der Neuaneignung
und Umschreibung von Geschichte und Erinnerung.
Nicht erst seit dem russischen Überfall auf die
Ukraine gehören die Präsenz eines verfälschenden
Geschichtsrevisionismus ebenso wie die Dynamiken
alternativer Neuaneignungen von Geschichte zur
Realität politischer Debatten über nationale Identität,
kollektives Gedächtnis oder zwischenstaatliche
Beziehungen unter den Nachbarländern.

Mit der Konferenz ist es den Organisator*innen
gelingen, einen direkten Bezug von der historischen
zur gegenwärtigen Erfahrung herzustellen und eine
wichtige Austausch- und Vernetzungsplattform für
belarusische, deutsche und ukrainische Kolleg*innen
zu schaffen. Die Verbindung von Wissenschaft,
Aktivismus und historischer Bildungsarbeit wurde von
der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer*innen

Forums für historische Belarus-Forschung der
Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, des
Lehrgebiets Public History an der FernUniversität
Hagen sowie der Washington University in
St. Louis und der Universität Bremen.

Die Konferenz wurde vom DAAD aus Mitteln des
Auswärtigen Amtes gefördert und mit Unterstützung
der Heinrich-Böll-Stiftung und des German
Marshall Fund of the United States organisiert.

Organisationskomitee: Felix Ackermann (Hagen),
Alesja Belanovich-Petz (Berlin), Aliaksei Bratachkin
(Hagen), Iryna Kashtalian (Bremen/Buchenwald), Iryna
Ramanava (Gießen/Vilnius) und Anika Walke (St. Louis).

Das **Forum für historische Belarus-Forschung**
fördert seit zwei Jahren mit seinen Aktivitäten den
Austausch zwischen Wissenschaftler*innen aus
Belarus, Deutschland und anderen Ländern. Mit
Kurzzeitstipendien, Workshops, digitalen Vortragsreihen
und weiteren Aktivitäten bietet das Forum darüber
hinaus Geisteswissenschaftler*innen, die in Belarus
oder inzwischen im Exil leben, Angebote für Forschung
und Vernetzung. Das **Forum für historische
Belarus-Forschung** ist ein Projekt der Deutschen
Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und wird
vom Deutschen Akademischen Austauschdienst
aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert.

Bericht über die Fachtagungen und -gespräche im Jahr 2023

„Contested ecologies in Eastern Europe: Crises, politics, and activism“

Panel auf dem Deutschen Kongress für Geographie
2023, **22. September 2023**, Frankfurt (Main)

Unter dem Titel „Contested ecologies in Eastern Europe:
Crises, politics, and activism“ fand, organisiert durch die
DGO-Fachgruppe Geographie, am 22. September 2023
eine Podiumsdiskussion im
Rahmen des Deutschen
Kongresses für Geographie
(DKG) statt. Die Sprecher
der Fachgruppe, Alexander
VORBRUGG und Hen-
ryk ALFF, hatten hierfür
fünf Beitragende aus fünf
Staaten gewinnen können:
Kateryna POLIANSKA,
Expertin der Umweltrechtsorganisation Environ-
ment-People-Law Kyiv, Lela REKHVIASHVILI vom
Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, Hannes
PALANG von der Universität Tallinn, Petr JEHLIČKA
von der Tschechischen Akademie der Wissenschaften
und Jonathon TURNBULL von der Universität Oxford.

Während der Diskussion standen die sozial-ökolo-
gischen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs

auf die Ukraine im Vordergrund. Vor allem Polianska
gab hierzu detaillierte Einblicke in ihre Tätigkeit. Aber
auch die politisch-sozialen Transformationen in ande-
ren Teilen des östlichen Europas und des eurasischen
Raums waren Thema des Panels. Dabei ging es um
den Umweltschutz, die Infrastrukturentwicklung in
unterschiedlichen Räumen sowie um das Verhältnis
der Bevölkerung zu ökologischen Fragen. Jehlička gab
Denkanstöße zum Umweltbewusstsein der Bevölkerung

in Ostmittel- und Osteuro-
pa, das in der öffentlichen,
aber auch der wissen-
schaftlichen Diskussion im
Westen häufig verkannt ist.
Rekhviashvili beleuchtete
die problematische Rolle
westeuropäischer Politiken
und Interessen in großen
Staudamm-Projekten in

Georgien und pochte auf mehr Aufmerksamkeit für die
daraus entstehenden Konflikte und Widersprüche.

Das Panel würdigte bestehende Projekte und Koope-
rationen, thematisierte Aspekte, die einer kritischen
geographischen Forschung sowie Einmischung in
öffentliche und politische Debatten bedürfen und warb
für mehr Beachtung Umweltbelangen seitens der Wis-
senschaft, aber auch für mehr Expertise in der Region.

Geographie

Strong Local Self-government As A Basis Of Resilient Democratic Societies? Experience From New EU Member States And Ukraine

16. November 2023, in der Landesvertretung des Landes Niedersachsen in Berlin

In den letzten Jahren haben mehrere Staaten Ost- und Mitteleuropas beachtliche Reformen der örtlichen Selbstverwaltung umgesetzt, die die Schlüsselrolle der lokalen Ebene bei der Demokratisierung eines Landes in beeindruckender Weise demonstrieren. Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung konnten dabei sowohl an „Klassikertexte“ des politischen Denkens als auch an Forschungsergebnisse aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften anknüpfen.

Die DGO-Fachgruppe Recht veranstaltete am 16. November 2023 unter Federführung von Burkhard BREIG ein Fachgespräch, in dem Erfahrungen aus der Praxis und Ergebnisse aus der Wissenschaft präsentiert und erörtert wurden. Insbesondere ging es dabei um Erfahrungen aus der Ukraine, Polen, Rumänien und Bulgarien. Einleitend erinnerte Breig an die lange Tradition der Diskussion über Selbstverwaltung in Deutschland und verwies darauf, dass die Idee der kommunalen Selbstverwaltung auch von Vertretern in Russland immer wieder gefordert werde.

Einleitend gab Georg MILBRADT, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verwaltungsreform in der Ukraine, einen Überblick über den Verlauf und Kernaspekte der Reform der örtlichen Selbstverwaltung in der Ukraine. Als die Reform 2014 in Angriff genommen wurde, war deutlich, dass es eine ihrer zentralen Aufgaben sein würde, eine sowjetische Mentalität zu überwinden. Das sowjetische Erbe äußerte sich u.a. in einer unklaren Aufgabenverteilung, in der das Zentrum jegliche Kompetenz an sich ziehen konnte. Gleichzeitig konnte das Zentrum die Fülle der Aufgaben nicht effektiv wahrnehmen. Milbradt ging u.a. auf den Zusammenhang von Aufgaben und Finanzierung der örtlichen Selbstverwaltung und auf die vertikale Differenzierung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben ein. Außerdem erläuterte er Fragen der Aufsicht sowie Beson-

derheiten lokaler Autonomie im ukrainischen Kontext. Benedikt HERRMANN von der Joint Research Group der Europäischen Kommission, stellte eingangs die Ergebnisse verhaltensökonomischer Experimente über den Einfluss sozialer Kontrolle auf menschliches Handeln dar. Dabei demonstrierte er die Voraussetzungen für die Bereitschaft von Individuen, zum gemeinsamen Nutzen zu kooperieren. Die Erkenntnisse der Experimente legen nahe, so Herrmann, dass örtliche Selbstverwaltung nur dann zu wirksamer örtlicher Kooperation zum gemeinsamen Nutzen der Bevölkerung führt, wenn der Staat sinnvolle Anreize setzt. So könne die Dezentralisierung eines gewichtigen Teils der Einkommensteuer dazu führen, dass die Kontrolle des zweckmäßigen Einsatzes der Mittel informell vor Ort erfolge und gleichzeitig die Steuerehrlichkeit steige. Diese Annahmen ließen sich eindrucksvoll am Beispiel der Reform der örtlichen Selbstverwaltung in der Ukraine bestätigen; dabei habe sich kein wesentlicher Unterschied zwischen der West- und der Ostukraine beobachten lassen.

Recht

Einen Einblick in die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in der Ukraine gab Taras BYK, Vorstandsmitglied der NGO „Agency for Recovery and Development“. Er schilderte die Aufgaben seiner Organisation, die

gegenwärtig Kommunen hilft, Pläne zum Wiederaufbau zu erstellen. Anschaulich verdeutlichte er, wie unter den Gegebenheiten in der Ukraine gegenwärtig private Akteure intensiv mit der öffentlichen Hand kooperieren, um öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Gerade nach Beginn der russischen Invasion 2022 ist es auch der örtlichen Selbstorganisation zu verdanken, dass das Leben im Land aufrechterhalten werden kann.

Clara VOLINTIRU, Bucharest University of Economic Studies und Director of the Black Sea Trust of the German Marshall Fund of the United States berichtete von der Bedeutung der lokalen Initiativen für die nachhaltige Entwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene. Sie stellte vergleichende Untersuchungen verschiedener Staaten Ostmitteleuropas vor, die zeigen, dass funktionierende örtliche Verwaltung, bei der Kompetenzen und Ressourcen nicht von dem Ermessen des Zentralstaats abhängen, erheblich zur Resilienz der Gesamtstaaten gegenüber autoritären Tendenzen beitragen

kann. Das Beispiel Rumäniens habe auch gezeigt, dass eine starke Zivilgesellschaft das gesamte Gemeinwesen eines Landes erheblich widerstandsfähiger gegenüber Krisen und Katastrophen machen könne.

Kazimierz BANDARZEWSKI, Lehrstuhlinhaber für örtliche Selbstverwaltung an der Juristischen Fakultät der Jagiellonen-Universität in Krakau, stellte die rechtliche Regelung der örtlichen Selbstverwaltung in Polen vor, die im Großen und Ganzen gelungen sei. Die Gemein-

den und Kreise verfügten über rechtliche Autonomie und eigenes Einkommen. Zu kritisieren sei die dennoch bestehende finanzielle Abhängigkeit der örtlichen Ebene von finanziellen Zuweisungen vom Staat. Der Staat sei zudem nicht verpflichtet, Aufgaben, die er an die örtlichen Ebenen delegiere, vollständig zu finanzieren. Wichtig sei ebenfalls, dass die Autonomie der örtlichen Selbstverwaltung gerichtlichen Rechtsschutz genieße und dass die staatliche Aufsicht im Wesentlichen auf eine Kontrolle der Legalität beschränkt sei.

„Mental maps, hot spots und hot spaces. Literarisches Schreiben als Arbeit am Gedächtnis in Ost- und Ostmitteleuropa“

16. bis 18. November 2023, Leipzig

Vom 16. bis 18. November fand an der Universität Leipzig die Tagung der DGO-Fachgruppe Literatur- und Kulturwissenschaft zum Thema „Mental maps in Ost- und Ostmitteleuropa“ statt. Die von den Sprecher*innen der Fachgruppe, Anna ARTWINSKA und Alfred GALL organisierte Tagung erfolgte in Kooperation mit dem „Institut für Slavistik“ der Universität Leipzig und der „Abteilung Slavistik/Mainzer Polonicum“ der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

In thematisch breit gefächerten Beiträgen gingen die Teilnehmer*innen der Frage nach, inwiefern literarische Texte auch Akte des mentalen Kartographierens vollziehen und mit welchem methodologischen Instrumentarium diese adäquat analysiert werden können. Im Fokus stand v. a. die Identifizierung von Konfliktzonen und konfligierenden Narrativen in der literarischen Repräsentation von Räumen und deren Ordnungen in ost-, ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Literaturen. Diskutiert wurden vor allem Räume und Orte, deren territoriale Zugehörigkeit historisch strittig war, die im Zuge von kriegerischen Konflikten in den Vordergrund traten, bislang im öffentlichen Gedächtnis nicht präsent waren oder noch heute politische Kontroversen erzeugen. Ergänzend gab es Debatten über die literatur- und kulturwissenschaft-

Literatur- und Kulturwissenschaften

lichen Methoden des Kartographierens (u. a. Lotmans Kultursemiotik, Postcolonial Studies, Raumtheorien).

Mit einführenden Erläuterungen zum Konzept der mental maps, allgemeinen Begriffsbestimmungen (hot spots, rich points, hot spaces) und einem Überblick über das Paradigma der Geopoetik in Ostmittel- und Osteuropa – unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen politischen Lage (Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten) – wurde die Fachtagung eröffnet. Es folgten Fallbeispiele aus unterschiedlichen Perspektiven. Diskutiert wurde als höchst aktuelles Thema der Donbas in seiner Transformation von der sowjetischen Modellregion zum Kriegsschauplatz sowie zur Projektionsfläche ungelöster politischer Konflikte. Als weitere Region im Wandel der literarisch modellierten Einordnung wurde auch Oberschlesien behandelt. Ein Beitrag zur Gestaltung öffentlicher Räume in Budapest analysierte Raum als Dimension der Erinnerung an die Shoah. Ein weiterer Beitrag beleuchtete den Stadtteil Cejl in Brno im literarischen

Gedenken an den Porajmos, den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus.

Der Südkaukasus und dessen komplexe, höchst widerspruchsvolle Beziehungen zu Russland lieferte Beispiele für transnationale Konstellationen und mit ihnen verbundene Konfliktfelder. Aber auch in der hybridisierenden Grenzland-Poetik von Friedrich Gorenstein, der literarischen Verwendung von Dokumenten in der Gedächtnisarbeit bei Danilo Kiš und Svetlana Aleksievič oder in der Anfertigung von ethnographischen

Karten zur Balkanhalbinsel zeigen sich konfigrierende interkulturelle Verflechtungen. Systematisierende Impulsreferate dienten der methodisch-theoretischen sowie begrifflichen Akzentuierung. Dabei ging es um die Möglichkeiten und Grenzen der Postcolonial-Studies für die Ostmittel- und Osteuropastudien, eine kritische Sichtung der Geopoetik in Theorie und Praxis und um die Applikation des Begriffs Peripherie als Instrument für kultursemiotische und geokulturelle Analysen. Im Sinne der Nachwuchsförderung wurden dabei auch sechs Promotionsprojekte vorgestellt und diskutiert.

Zusätzlich fand eine Lesung mit der ukrainischen Autorin Nataka SNIADANKO statt. Deren Roman mit dem Titel „Перше слідство імператриці“ (2021) / „Der Erzherzog, der den Schwarzmarkt regierte, Matrosen liebte und mein Großvater wurde“ bietet

mit seiner epischen Rückschau auf die ukrainische Geschichte und deren Verbindung mit dem Herrscherhaus der Habsburger ein anschauliches Beispiel für mental maps in der Literatur und Gedächtnisbildung. Die Lesung wurde in Zusammenarbeit mit dem „Polnischen Institut Berlin - Filiale Leipzig“ durchgeführt.

Im Zentrum der Tagung stand die Frage, inwiefern Literatur eigene Raumordnungen modelliert, im Einklang steht mit bestimmten politisch verordneten oder historisch entstandenen Verhältnissen oder gegen diese opponiert. Die Diskussionen zeigten, dass sich mit dem Konzept der mental map, aber auch den griffigen Bezeichnungen hot spots und hot spaces, ertragreiche und anschlussfähige Perspektiven zur kulturwissenschaftlichen Erforschung raumorientierter literarischer Erinnerungsarbeit auf tun.

ihr Verständnis von Ostkirchenkunde darzulegen. Den Auftakt machte Karl PINGGERA (Marburg), der die Ostkirchenkunde als Fach in einem sich dramatisch ändernden Spannungsfeld von Kirche, Universität und Gesellschaft beschrieb und sie mit Verweis auf den Orientalisten Alexander Böhlig (1912–1996) als „Dienstleistungswissenschaft“ charakterisierte. Thomas KREMER (Eichstätt) betonte in seinem Impulsreferat die Vielfalt des orthodoxen Christentums, die inhaltlich wie methodisch die Frage aufwerfe, ob es sich bei der Ostkirchenkunde nur um ein Fach oder nicht vielmehr eine Fakultät handle. Anhand des von der Volkswagenstiftung umfangreich geförderten Projekts eines „Eastern Christian Studies Online Campus“ zeigte er zudem die Möglichkeiten einer digital vernetzten

Ostkirchenkunde auf. Stanislaw PAULAU schließlich verwies auf die enge Verzahnung der Ostkirchenkunde mit anderen Disziplinen („keine Ost- ohne Westkirchenkunde“, „keine Christentumsgeschichte ohne Geschichte des christlichen Ostens“) und sprach sich dafür aus, die Ostkirchenkunde als „kleines Fach“ bei dem Evangelisch- wie Katholisch-Theologischen Fakultätentag zu etablieren. Diese Idee wurde in der sich anschließenden regen Diskussion der Referate mit Zustimmung aufgenommen. Kontrovers hingegen wurde

der Vorschlag diskutiert, ein Querschnittsmodul „Orientalistik“ in die Studienordnungen einzuführen, das von den Fakultäten jeweils gemeinsam verantwortet wird.

Weiterführend waren auch die Referate im zweiten Teil des Fachgesprächs: Katharina BLUHM (Berlin) präsentierte als Soziologin einen Fragenkatalog mit Themen, die von ihrer Forschungserfahrung her seitens der Ostkirchenkunde in Zukunft stärker in den interdisziplinären Diskurs eingebracht werden sollten. Dazu gehören etwa Themen wie „Kirche und Militär“, „Kirche und Imperium“, die Rolle der Altgläubigen oder auch die kirchliche Situation in der Ukraine. Detlef POLLACK (Münster) monierte, dass aus religionssoziologischer Perspektive in der Ostkirchenkunde empirisches Material zu wenig Beachtung findet und über eine Vielzahl an historischen Detailstudien die Anschlussfähigkeit an übergreifende Diskussionszusammenhänge (wie z.B. zu Themen wie „Nation“ oder „Demokratie“) nicht ausreichend gegeben

sei. Nedim SULEJMANOVI, Stellvertretender Leiter der Abteilung Religionen und Außenpolitik im Auswärtigen Amt, betonte die Bedeutung des religiösen Faktors insbesondere in Osteuropa und unterstrich die Relevanz des Faches. Er verband damit die Erwartung, Ergebnisse ostkirchenkundlicher Forschung stärker in einer Weise zu kommunizieren, die sie für politische Entscheidungsprozesse verwendbar macht. Inwieweit die Ostkirchenkunde den in den Referaten formulierten Erwartungen gerecht werden kann, war Gegenstand einer abschließenden intensiven Diskussion.

Generell wurden die Impulse als Stärkung des Faches und Ermutigung empfunden, die disziplinäre Profilierung weiter voranzutreiben. Die Fachgruppe wird in engem Austausch mit den Fachvertreter*innen im deutschsprachigen Bereich weitere Schritte zur Sichtbarkeit und Vernetzung der Ostkirchenkunde im nächsten Jahr fortsetzen.

Wiedervorlage beim nächsten Krieg? Zur Relevanz und Zukunft der Ostkirchenkunde

1. Dezember 2023, Berlin

Die Sprecher*innen der DGO-Fachgruppe Religion, Regina Elsner und Jennifer Wasmuth, luden am 1. Dezember 2023 zu einem Fachgespräch über die Ostkirchenkunde in die Räume der Hansabibliothek in Berlin ein. Die Ostkirchenkunde steht vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits hat die Streichung von zahlreichen Lehrstühlen in den letzten Jahren zu einer institutionellen Schwächung des Faches geführt. Andererseits ist die Nachfrage nach ostkirchenkundlicher Expertise infolge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und weiterer geopolitischer Konflikte, die die Kirchen der östlichen Tradition direkt involvieren, gestiegen. Das Fachgespräch zielte vor diesem Hintergrund auf eine Standortbestimmung ab, die zugleich Perspektiven für die Zukunft eröffnet.

Um die Binnen- wie die Außenperspektive beleuchten zu können, fanden zwei Gesprächsrunden statt: Zunächst waren Fachvertreter aus der evangelischen, katholischen wie orthodoxen Theologie eingeladen,

Religion

Freiheit und Gleichheit im politischen Denken der Ukraine und Ostmitteleuropas vom 18. Jahrhundert bis heute

7. und 8. Dezember, Regensburg

Traditionen und Vielschichtigkeit von „Freiheit“ in Geschichte und Gegenwart der Ukraine adressierte die Tagung der DGO Fachgruppe Geschichte. Die Tagung wurde von den Sprecher*innen der Fachgruppe, Guido Hausmann und Heidi Heinkircher, gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropastudien und dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung am 7. und 8. Dezember in Regensburg ausgerichtet.

„Freiheit“ gehört zu den Leitbegriffen der aktuellen politischen Debatte in und über die Ukraine. Seit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Jahr 1991 erhielt „Freiheit“ einen geradezu ikonischen Charakter, so wurden in Städten wie Kiew oder Charkiw zentrale Plätze in „Freiheitsplatz“ umbenannt. „Freiheit“ stand im Mittelpunkt der „Orangen Revolution“ von 2004/05 und der „Revolution der Würde“ von

2013/14, auch „Euromaidan“ genannt. Die Poesie des ukrainischen Nationaldichters Taras G. Schewtschenko hat „Freiheit“ in der historischen ukrainischen Narration vom 19. bis zum frühen 20. Jahrhundert und in der ukrainischen Revolution von 1917 bis 1921 verankert und ihr eine antiimperiale Note verliehen. Die Verwendung des Begriffs verweist auf die europäischen und transatlantischen Wurzeln des modernen ukrainischen politischen Denkens. Seit den 1830er Jahren erfolgte nicht nur eine europaweite transnationale Verflechtung revolutionärer

Ideen, Biografien und Netzwerke; der Begriff Freiheit erhielt durch die Rezeption nordamerikanischer Ideen auch eine transatlantische Dimension. An diesen Traditionen orientieren sich in der Ukraine und im östlichen Europa allgemein Freiheitsforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts.

Sie waren und sind vielschichtig, umfassen individuelle, soziale und kollektive, z. B. nationale Perspektiven und können politische, z. B. bürgerrechtliche, aber auch wirtschaftliche oder soziale Bedeutungen annehmen.

Alfred SPROEDES (Münster) Keynote verortete und diskutierte den Freiheitsbegriff in den ukrainischen

Geschichte

Postcolonial-Studies und hob hervor, dass die Ukraine das erste osteuropäische Land war, in dem die postkoloniale Perspektive genutzt und adaptiert wurden. Die v.a. seit Edward Saids Werk „Orientalism“ entstehende Kritik an eurozentrischen Forschungsperspektiven und inhärentem Überlegenheitsgefühl hätte sich mit dem ukrainischen Anspruch getroffen, die aus politischer Militanz erwachsenen Freiheitsdiskurse auf begriffliche Gleise zu lenken. Sproede sah daher die ukrainischen Postcolonial-Studies als Ausdruck einer nachholenden Nationalbewegung. Der Kampf um den „Subjektstatus“ von Gesellschaft und Staat würde deshalb „postkolonial“ genannt, weil aus der Sowjetzeit noch in Erinnerung sei, welches Diskreditierungspotential die Kampagnen gegen den „ukrainischen Nationalismus“ hatten.

Referent*innen aus verschiedenen Ländern widmeten sich in den anschließenden Sektionen sowohl der

ukrainischen Geschichte und Gegenwart als auch ihren Nachbargesellschaften. Beachtung fanden zum Beispiel populistische Traditionen des 19. Jahrhunderts, wie in der Ukraine und Rumänien sowie Schlüsselfiguren wie der für Konstitutionalismus eintretende Philosoph Bohdan Kistjakivs'kyi, dessen Werk u. a. Max Weber inspirierte. Die Verknüpfung von Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen im östlichen Europa sowie ihre intellektuelle Verflechtung über nationale Grenzen hinweg stellten besondere Herausforderungen für die Zeitgenossen dar. Aber auch die gegenwärtige Wissenschaft sollte die transnationalen Verflechtungen stärker herausarbeiten. Die Beiträge und Diskussionen zeigten daher deutlich, dass die transnationale historische ideen- und politikgeschichtliche Forschung zum östlichen Europa noch immer ein Desiderat darstellt. Die Tagung wurde deshalb auch von den Organisator*innen als Auftakt für weitere Forschungen gewertet.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 31.12.2023

Fotos auf den Seiten: 2–3, 17, 29, 49–52 – ©Dmitry Brushko; 7, 26, 27, 35 – ©Katarzyna Mazur; 11, 43 – ©BBAW/Maxie Liebschner; 30 – ©Heide Fest; 33 – ©ZOiS.

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

